

***Auf dem Weg  
der  
Erneuerung***



**PDS**

**Dialog in der PDS**

**Landesverband Brandenburg**

**Heft 5/1**

**Entwicklung der SED zur  
"Partei neuen Typus"  
Stalinscher Prägung in den Jahren  
1948/49**

---

**Ereignisse und Problemstellungen**

## **Dialog in der PDS**

Landesverband Brandenburg

Heft 5/2

### **Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“ Stalinscher Prägung in den Jahren 1948/49**

#### **Beiträge zur Geschichte**

Herausgeber: Arbeitsgruppe Geschichte beim Landesvorstand  
der PDS

Prof. Dr. phil. habil. Kurt Finker

Dr. phil. Kurt Libera

Dr. rer. pol. Fritz Reinert

Prof. Dr. phil. habil. Manfred Uhlemann

An der Diskussion waren mit Hinweisen beteiligt:

Doz. Dr. sc. phil. Werner Bethge, Prof. Dr. phil. habil. Kurt Finker,  
Dr. phil. Gerlinde Grahn, Dr. phil. Kurt Libera, Dr. päd. habil. Rose-  
marie Preuß, Dr. rer. pol. Fritz Reinert, Prof. Dr. jur. Karl-Heinz  
Schöneburg, Dipl.-Archivar Joachim Schulz

Redaktionsschluß: 15. April 1998



## Zum Sinn und Zweck des Heftes

In Weiterführung der Diskussion über die Entstehung der SED und die russische Revolution 1917 soll dieses Heft zum Disput über die Herausbildung des Charakters der SED anregen, wie er in den Jahren 1948/49 ausgebildet und bis zum Zusammenbruch der DDR beibehalten wurde. Die Stalinisierung der SED hatte ihre Vorgeschichte und vollzog sich unter nationalen und internationalen Bedingungen. Daher erscheint es erforderlich, den Bogen von 1945 nach 1948/49 zu schlagen und die Auseinandersetzung um die deutsche Nachkriegsentwicklung sichtbar zu machen. Der Blick zurück mit den Erfahrungen eines halben Jahrhunderts kann uns helfen, weitere Erkenntnisse über Ansätze für die Gestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft und die Ursachen des Scheiterns des von der SED beschrittenen Weges zu gewinnen. Daß wir dabei einen schmerzhaften Prozeß durchlaufen und die Autoren früher von ihnen vertretene Auffassungen in Frage stellen mußten, braucht heute nicht mehr besonders betont zu werden. Man muß aber darauf verweisen, daß die negativen Erfahrungen mit dem kapitalistischen System der BRD uns nicht davon abhalten dürfen, unsere Geschichte kritisch zu durchleuchten. Geht es doch um Fragen nach Ursachen des Scheiterns eines mit großen Hoffnungen verbundenen Vorhabens, für das bedeutende Anstrengungen unternommen und manche Opfer gebracht wurden.

Die Diskussion um das Manuskript in der Arbeitsgruppe Geschichte zeigte die kontroversen Positionen in der PDS, die sich natürlich bei dieser Thematik besonders artikulieren mußten. Dennoch fand die Grundaussage des Verfassers mehrheitlich Zustimmung. Es bestand die Auffassung, daß mit den beiden Heften die Diskussion zum historischen Verständnis der Partei des Demokratischen Sozialismus wichtige Anregungen erhält. Zu bemerken ist auch der aktuelle Wert im Hinblick auf die Diskussion anläßlich der 50. Wiederkehr wichtiger Ereignisse, die eng miteinander in Verbindung stehen und in Bezug auf die gegenwärtigen Wahlkämpfe. Obwohl es sich keinesfalls um Wahlbroschüren handelt, kann doch die Beschäftigung mit dieser Thematik dazu beitragen, Bürger für eine aus den Erfahrungen der Geschichte gereifte demokratische sozialistische Politik zu gewinnen. Die in das Blickfeld gerückten historischen Prozesse veranschaulichen zumindest die Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus, das Erfordernis zur demokratischen Willensbildung einer Mehrheit des Volkes für soziale Umgestaltungen und die Schädlichkeit des Alleinvertretungsanspruchs von Führungskräften sowie der Ausgrenzung alternativer Ideen und Gruppierungen.

Zu der Thematik gibt es eine umfangreiche Literatur. Ich mache speziell auf einige in jüngster Zeit erschienene Werke aufmerksam:

Peter Bender, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996.

Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 5. verbesserte Auflage München 1997.

Harold Hurwitz unter Mitarbeit von Ursula Böhme und Andreas Malycha, Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, Opladen 1997.

Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996.

Die SED - Geschichte, Organisation, Politik, ein Handbuch. Herausgegeben von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler, in Zusammenarbeit mit Christine Kraus und Detlef Nakath (Gesamtredaktion), Berlin 1997.

Zum Aufbau der beiden Hefte sei folgendes bemerkt:

Heft 5/1 enthält im ersten Teil eine Chronik ausgewählter Ereignisse und im zweiten Teil spezielle Frage- und Problemstellungen.

Die Chronik mußte auf wenige Ereignisse, die dem Verfasser für die innerparteiliche Entwicklung und das Verständnis der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen besonders wichtig erschienen, beschränkt bleiben. Gleiches Prinzip galt für die Ausführungen zu den einzelnen Ereignissen. Ohne in eine einseitige Darstellung zu verfallen, werden die für die Fragestellung wesentlichen Aspekte hervorgehoben.

Die unter Frage- und Problemstellungen aufgeführten 8 Fragen sollen anregen, die Thematik unter speziellen Gesichtspunkten zu durchleuchten. Dabei geht es auch hier nicht schlechthin nur um innerparteiliche Entwicklung, sondern um den Zusammenhang mit der Funktion der Partei als politische Kraft zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Es ist allerdings unmöglich, in dieser Schrift die Anstrengungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Politik, Ökonomie und Kultur und zur Gründung der DDR zu erfassen. Die achte Frage soll aber abschließend die Möglichkeit bieten, nach Ergebnissen und Hemmnissen einer sozialistischen Entwicklung seit der Entstehung der SED zu fragen und die beiden deutschen Staaten zueinander in Beziehung zu setzen. Die vom Autor gegebenen Antworten und Argumente können als ein Angebot zur Diskussion und zum weiteren Nachdenken betrachtet werden.

Heft 5/2 enthält Beiträge verschiedener Autoren zur SED Geschichte von 1945 bis 1949. Sie sind zum Teil, wie die von Uhlemann, Auszüge aus wenig verbreiteten jüngeren Schriften, Neubearbeitungen vorhandener Publikationen, Finker und Reinert, bzw. Erstfassungen, Libera. Der Abschiedsbrief von Erich W. Gniffke wurde seinen Memoiren entnommen.

## Chronik ausgewählter Ereignisse

### 12. März 1947

Zwei Tage nach der Eröffnung der Moskauer Konferenz des Rates der Außenminister, auf der erstmals die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland auf der Tagesordnung stand, verkündete USA-Präsident Truman seine Auffassung über die internationale Situation und die Weltmachtpolitik der USA (**Truman-Doktrin**). Zum Anlaß nahm er Forderungen an den USA-Kongreß um finanzielle und personelle Hilfe für die Bewältigung der Krisen in der Türkei und Griechenland, wo er nach dem unmittelbar bevorstehenden Rückzug Großbritanniens eine ernste Bedrohung amerikanischer Interessen im Mittelmeerraum sah.

Wenngleich in der Rede die Sowjetunion nicht genannt wurde, so war doch die antisowjetische Richtung unübersehbar. In einem zentralen Passus hieß es: „Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzu oft ist es keine freie Wahl. Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus. Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der Freiheiten sind ihre Kennzeichen. Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen.“<sup>1)</sup>

Mit dieser Aussage erfolgt eine grobschlächtige Teilung der Welt in zwei Lager im Geiste des beginnenden und zugleich wahrscheinlich in seine explosivste Phase eintretenden kalten Krieges.<sup>2)</sup> Die Wirkung war zunächst im besonderen Maße auf die innere Entwicklung in den USA und anderen Staaten gerichtet, wodurch die für die Politik gewünschten Feindbilder erzeugt wurden.

Mit dem Einwirken der USA in Griechenland gelang es dort die unter Führung der Kommunisten aus dem Kampf gegen die deutschen Okkupanten hervorgegangene Widerstandsbewegung weiter zurückzuschlagen, den Bürgerkrieg zugunsten der Athener Regierung zu beenden und Voraussetzungen für den Eintritt des Landes in die NATO 1952 zu schaffen. Auch das mit USA-Hilfe stabilisierte politische System in der Türkei bekannte sich 1952 zur

NATO und wurde ein wichtiger Faktor im Paktsystem um den sowjetischen Einflußbereich.

Der englische Historiker Eric Hobsbawm erklärt in seinem Buch „Das Zeitalter der Extreme“: „Das Merkwürdige an diesem kalten Krieg war, daß objektiv betrachtet gar keine unmittelbare Kriegsgefahr bestand. Ja mehr noch: daß die Regierungen beider Supermächte, ungeachtet der apokalyptischen Rhetorik beider Seiten (vor allem aber der amerikanischen), am Ende des Zweiten Weltkriegs jene globale Machtverteilung akzeptiert hatten, die auf ein höchst ungleiches, aber im wesentlichen vor Herausforderungen gesichertes Gleichgewicht der Mächte hinauslief.“<sup>3)</sup>

---

1) Zitiert nach Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 - 1955*, Göttingen 1991, S. 179f.

2) Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München-Wien 1995, S.289.

3) *Ebenda*, S.286.

## 12./13. März 1947

Die Vorstandssitzung der interzonalen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU in Berlin beschließt, eine „**Nationale Repräsentanz**“ aus den deutschen Parteiführungen aller Zonen zu bilden.

Der neben Jakob Kaiser zweite CDU-Vorsitzende der SBZ Ernst Lemmer hatte im Januar 1947 im Parteiorgan „Neue Zeit“ die Bildung eines solchen Organs als Gebot der Stunde bezeichnet. Es sollte die Deutschen aller Zonen gegenüber dem Kontrollrat repräsentieren. Hierbei konnte man sich auf die Potsdamer Beschlüsse stützen. In diesem Sinne argumentierte zu dieser Zeit auch der britische Außenminister Ernest Bevin. Er forderte, die Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung und die Schaffung einer gesamtdeutschen Körperschaft mit beratender Funktion zur Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung.

Nach der 9. Tagung des SED-Parteivorstandes vom 14. Februar 1947, auf der über die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates mit dezentralisierter Verwaltung beraten wurde, wandte sich Wilhelm Pieck am 22. Februar in einer Rundfunkansprache an die antifaschistisch-demokratischen Parteien und an die Massenorganisationen in ganz Deutschland mit dem Vorschlag, eine gesamtdeutsche Beratung einzuberufen, auf der die Durchführung eines Volksentscheides erörtert werden sollte. In einem Gespräch mit den beiden CDU-Vorsitzenden der sowjetischen Besatzungszone

am 22. Mai 1947 äußerte sich Wilhelm Pieck gegenüber Jakob Kaiser, daß er auch bereit sei, an der Vorbereitung einer von der CDU initiierten Repräsentation teilzunehmen und dabei selbst eine Begegnung mit Konrad Adenauer und Kurt Schumacher nicht ausschließe.

Nach Aussage Ernst Lemmers hatte ein politisch führender General der SMAD namens Malinin ihm und Kaiser gegenüber auf einem Empfang in Karlshorst Zustimmung signalisiert. Max Reimann, der Vorsitzende der KPD der Westzonen, sagte schriftlich die Unterstützung zu. Fast gleichzeitig meldeten Theodor Heuß als Vorsitzender der FDP und Wilhelm Külz als Vorsitzender der LDP ihre Bereitschaft.

Lediglich Kurt Schumacher brachte, wie Lemmer bemerkt, sein abgründiges Mißtrauen über eine Berührung mit den Kommunisten zum Ausdruck.<sup>1)</sup> Am 29. Mai 1947 schrieb die „Neue Zeit“ unter dem Titel „Schumacher versagt sich“ : „Kurt Schumacher brachte unter Berufung auf einen Beschluß seiner Parteinstanzen besonders zum Ausdruck, daß die SPD sich erst dann zu beteiligen vermöge, wenn sie gemäß der ihr zukommenden Stärke in allen Teilen Deutschlands zur Geltung kommen könne.“<sup>2)</sup> Konrad Adenauer konnte sich auf die Haltung des SPD-Vorsitzenden berufen. Er selbst hatte so wie Schumacher mit den Gefahren eines russischen Einflusses in Berlin argumentiert und Kaiser so wie Lemmer gar als „Befehlsempfänger einer totalitären Besatzungsmacht“ denunziert.<sup>3)</sup>

---

1) Siehe dazu: Ernst Lemmer, *Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*, Frankfurt/M. 1968, S.305.

2) Zitiert bei: *Ebenda*, S.302.

3) *Ebenda*, S.290.

## 5. Juni 1947

US-Außenminister Georg Marshall verkündet eine Initiative zur amerikanischen Hilfeleistung für die wirtschaftliche Gesundung Europas (**Marshall-Plan**).

Als entscheidende Vorbedingung für deren Realisierung sah er ein gemeinsames Programm der europäischen Staaten, eine koordinierte Planung über die Verwendung der Kredite. Für das dann als „European Recovery Program“ (ERP) bezeichnete Vorhaben bestand zunächst auch in der Sowjetunion, besonders aber in Polen und der Tschechoslowakei Interesse.



Auf der Konferenz vom 27. Juni bis 3. Juli in Paris, wo die Modalitäten des Vorschlages beraten wurden, nahm anfangs eine starke sowjetische Expertengruppe unter Außenminister Molotow teil. Die Sowjetregierung erkannte in dem Projekt amerikanische Bestrebungen, ganz Europa unter ihren Einfluß zu bekommen. Da Molotow mit seinen Vorstellungen nach bilateraler Kreditvergabe nicht durchkam, reiste die sowjetische Delegation nach drei Tagen wieder ab. Das weiterhin bestehende Interesse osteuropäischer Staaten, an den nachfolgenden Verhandlungen und an dem ERP teilzuhaben, wurde von der Sowjetunion unterbunden.<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup>Siehe hierzu Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung, a.O., S.180ff.*

## 6. - 8. Juni 1947

**Konferenz der Ministerpräsidenten** aller Länder und Provinzen Deutschlands auf Initiative des Bayrischen CSU-Ministerpräsidenten Hans Ehard **in München.**<sup>1)</sup>

Während noch im Einladungsschreiben der Wunsch formuliert war, die Ministerpräsidenten mögen „ihr grundsätzliches Bekenntnis zur Zusammengehörigkeit aller Teile Deutschlands und den Willen zum gemeinsamen Aufbau einer neuen staatlichen Form“<sup>2)</sup> dartun, waren die sozialdemokratischen Konferenzteilnehmer nach einer Vorbesprechung mit Kurt Schumacher auf die Beschränkung der Verhandlungen über die von Ehard aufgestellten wirtschaftlichen Tagesordnungspunkte festgelegt. Die SED-Führung verhielt sich, so wie die SMAD, schwankend. Sie befürchtete unkontrollierbaren Föderalismus und bevorzugte Aktivitäten der Parteien, wobei sie größere Einflußmöglichkeiten erwartete. Da jedoch der Wille zur Nutzung jeder gesamtdeutschen Initiative bei den SED-Ministerpräsidenten und auch im SED-Parteivorstand sehr stark war, reisten die Repräsentanten der ostdeutschen Länder und Provinzen nach München. Sie fuhren mit dem Willen, neben wirtschaftlichen Problemen an erster Stelle Maßnahmen zur Bildung einer deutschen Zentralverwaltung zu behandeln, um so dem deutschen Einheitsstaat näher zu kommen. Da dies abgelehnt und auch kein Kompromiß angestrebt wurde, verließen die ostdeutschen Ministerpräsidenten noch vor Beginn bzw. am ersten Tag der Konferenz München.

Ferdinand Friedensburg, der als Berliner CDU-Bürgermeister an der Konferenz teilgenommen hatte, schrieb rückblickend: „Das

bereits zitierte 'mystische Grauen' vor dem Bolschewismus, wie ich es später einmal vor der Heidelberger Studentenschaft genannt habe, war jedenfalls mächtig genug, um bei den meisten Teilnehmern unverkennbar das Gefühl der Erleichterung entstehen zu lassen, als die Vertreter der Ostzone abgereist waren.“<sup>3)</sup>

---

1) Siehe dazu den Beitrag von Fritz Reinert im Heft 5/2.

2) Zitiert bei Ferdinand Friedensburg, *Es ging um Deutschlands Einheit*, Berlin 1971, S.162.

3) *Ebenda*, S.164.

## 14. Juni 1947

**Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) in der SBZ auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 138.**

Damit entsteht ein zentrales Organ zur Lenkung der Wirtschaft, das die Arbeit der Zentralverwaltungen für Transport, Brennstoff und Energie, Handel und Versorgung, Industrie, Land- und Forstwirtschaft koordiniert. Ihre Kompetenz geht zunächst noch nicht über die bisher selbständigen Zentralverwaltungen hinaus. Die DWK kann noch keine Gesetze erlassen. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen liegt bei den Länder- und Provinzialverwaltungen, die jedoch der DWK rechenschaftspflichtig sind und dadurch an Kompetenz einbüßen.

Ein weiterer Ausbau der DWK zu einer Wirtschaftsregierung für die deutsche demokratische Republik erfolgt dann im Februar 1948.

## 25. Juni 1947

**Konstituierung des ersten Wirtschaftsrates der Bizone** in Frankfurt/M entsprechend eines Abkommens der britischen und amerikanischen Militärregierung vom 29. Mai 1947. Der Wirtschaftsrat besteht aus 54 von den Landtagen gewählten Mitgliedern und einem Exekutivausschuß aus je einem Vertreter der acht Länder. Träger der eigentlichen Exekutive werden die Direktoren der bereits im Januar 1947 gebildeten fünf bizonalen Verwaltungsämter für Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Finanzen, Verkehr, Post und Fernmeldewesen. Sie gehörten allesamt der CDU/CSU an. Diese Parteien verfügten auch zusammen mit anderen bürgerlichen Parteien im Wirtschaftsrat über eine klare Mehr-

heit. Die SPD ging in Opposition. Sie stellte im Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für das Jahr 1947 fest, der Politik der CDU im Wirtschaftsrat habe eine antisozialistische Konzeption zu Grunde gelegen. „Im Laufe der ersten 8 Monate des Wirtschaftsrates schälte sich diese Konzeption immer klarer heraus. In allen entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik vertrat die CDU die Linie der kapitalistischen Restauration.“<sup>1)</sup>

Noch am 3. Februar 1947 hatte der Zonenausschuß der CDU der britischen Zone in Ahlen (Westfalen) ein Wirtschaftsprogramm beschlossen, in dem es als Ausgangsposition hieß: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Es müsse „eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“<sup>2)</sup>

Die Umorientierung ist im Zusammenhang mit verstärktem Druck der USA auf Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu sehen, wie dies in der neuen Direktive für den amerikanischen Oberbefehlshaber in Deutschland JCS1779 vom Juli 1947 zum Ausdruck kam. Dem mußten sich auch sogleich die Briten anschließen, so daß die Labourregierung, die noch Anfang 1947 eine „Sozialisierung“ insbesondere der Schwerindustrie an der Ruhr für möglich hielt, im August 1947 von solchen Vorhaben abrückte.

---

1) Zitiert bei Rolf Badstübner, Siegfried Thomas, *Die Spaltung Deutschlands 1945-1949*, Berlin 1966, S.202.

2) *Die Westdeutschen Parteien 1945-1965. Ein Handbuch*, Berlin 1966, S.172.

## 20.-24. September 1947

**II. Parteitag der SED** in der Berliner Staatsoper (Admiralspalast). Mit Referaten von Wilhelm Pieck (Politischer Bericht), Erich W. Gniffke (Organisatorischer Bericht), Otto Grotewohl (Kampf um die nationale Einheit und die Demokratisierung Deutschlands), Walter Ulbricht (Demokratischer Neuaufbau in Wirtschaft und Verwaltung) und einer großen Zahl von Redebeiträgen nahm der Parteitag eine Beschreibung des Zustandes in Deutschland aus der Sicht der Neugestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche im Sinne der 1946 beschlossenen „Grundsätze und Ziele“ vor. Für die Sowjetische Besatzungszone wurde die Errichtung einer „neuen demokratischen Ordnung“ konstatiert, wohingegen in den Westzonen noch

„ein großes Aufräumen“ zu beginnen habe.<sup>1)</sup> Mit dieser Zielstellung konnte der in der EntschlieÙung zur politischen Lage hervorgehobene „Kampf um die Einheit Deutschlands“ als „dringendste Aufgabe des deutschen Volkes“<sup>2)</sup> bei den westdeutschen Parteien auÙer der KPD kaum Resonanz finden. Dies noch dazu, wenn die SED sich als „die führende Kraft im Kampf gegen Faschismus und Militarismus, im Kampf um Demokratie, Frieden und Völkerversöhnung“<sup>3)</sup> bezeichnete und der große Hoffnungen erzeugende Marshallplan als „Instrument monopolkapitalistischer Absichten“<sup>4)</sup> verurteilt wurde.

In allen Aussagen des Parteitages zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zeichnete sich die Sonderentwicklung Ostdeutschlands ab, wobei die SED ihre führenden Positionen durchgesetzt hatte.

Im organisatorischen Bericht erklärte Erich W. Gniffke, „daß die ehemalige Sozialdemokratische Partei und die ehemalige Kommunistische Partei zu einer Partei neuen Typus zusammengewachsen sind.“<sup>5)</sup> Walter Ulbricht sah aus seinem Parteiverständnis den Reifegrad kritischer. Im Schlußwort zur Diskussion über seinen Bericht sprach er lediglich davon, „daß wir auf dem Wege sind, eine Partei neuen Typus zu werden.“ Um dabei voranzukommen, verlangte er vor allem Parteiarbeiter neuen Charakters, Funktionäre eines neuen Typs, die die wissenschaftliche Lehre des Marxismus beherrschen und es verstehen, „gegen alle reaktionären Ideologien“ zu kämpfen.<sup>6)</sup>

---

1) *Manifest des 2. Parteitages der SED an das deutsche Volk, Protokoll des 2. Parteitages der SED, Berlin 1947, S.514.*

2) *EntschlieÙung zur politischen Lage, Protokoll, a.O., S. 536.*

3) *Ebenda, S.542.*

4) *Ebenda, S.528.*

5) *Protokoll, a.O., S.105.*

6) *Ebenda, S.479.*

## **22.-27. September 1947**

**Konferenz Kommunistischer und Arbeiterparteien** aus Bulgarien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, der UdSSR, der Tschechoslowakei und Ungarns in **Szklarska Poreba** (Polen). Vier Jahre nach der Auflösung der Komintern vollzieht sich angesichts gewachsener Gegensätze zwischen den USA und der Sowjetunion ein neuer Zusammenschluß mit einem kommunistischen Informationsbüro (Kominform) und einer gemeinsamen

Zeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“ zum Erfahrungsaustausch und zur Koordinierung von Aktionen.

Grundlage der Beratung ist ein Referat des KPdSU-Politbüromitglieds A.A. Shdanow über die internationale Lage, mit dem eine propagandistische Bewertung „der in der Weltarena wirkenden politischen Kräfte“ aus Moskauer Sicht vorgenommen wird. Shdanow bezeichnet „zwei Hauptlager“, „das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits.“<sup>1)</sup>

Im Referat wie in der vorgelegten und bestätigten Deklaration finden wir Aussagen, die die Gegensätze vertiefen und potentielle Verbündete abstoßen mußten. Im Sinne Stalinscher Weltansicht wurde konstatiert, daß mit der „zunehmenden Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und mit der Schwächung seiner Macht und umgekehrt der Stärkung der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie“ sich der Kampf zwischen den beiden Lagern immer mehr verschärft.<sup>2)</sup> „Die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges“ bezeichnete man als eines der Hauptziele des imperialistischen Lagers.<sup>3)</sup> Die Führungen der sozialistischen Parteien, darunter auch die in den Westzonen Deutschlands, wurden „als Agentur der imperialistischen Kreise der USA“<sup>4)</sup> und „jederzeit getreue Helfershelfer der Imperialisten“ verunglimpft.<sup>5)</sup>

Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ druckte am 7. Oktober 1947 das Kommuniqué der Beratung mit der Deklaration zur internationalen Lage ab. Die Rede Shdanows erschien im SWA-Verlag in hoher Auflage bereits 1947 und später nochmals im Dietz Verlag Berlin.

---

1) A. Shdanow, *Über die internationale Lage*, Berlin 1951, S.12.

2) Aus der Deklaration, zitiert in: *Deutsche Geschichte*, Bd. 9, Autorenkollektiv unter Leitung von Rolf Badstübner, Berlin 1989, S. 296.

3) A. Shdanow, a. O., S.12.

4) Ebenda, S. 37.

5) *Deutsche Geschichte*, Bd. 9, a. O., S.296.

## 6./7. Dezember 1947

**1. Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden** in Berlin. Unter bestimmendem Einfluß der SED versteht er sich als erste gesamtdeutsche Vertretung nach dem Krieg. Er fordert eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands sowie die Bildung einer zentralen Regierung aus Vertretern aller demokra-

tischen Parteien. Da sich schon im Verlauf des Sommers gezeigt hatte, daß die Führer der westdeutschen Parteien außer der KPD einem Zusammengehen mit SED-Funktionären sehr skeptisch, ja ablehnend gegenüber standen und sich jetzt selbst die CDU-Vorsitzenden der SBZ Kaiser und Lemmer versagten, muß der Kongreß und die daraus hervorgegangene Volkskongreßbewegung als ein Versuch bewertet werden, eine nationale Front gegen den Willen einflußreicher politischer Kräfte in den Westzonen und der diese stützenden Besatzungsmächte zu formieren.

Die Volkskongreßbewegung findet in den Westzonen geringen Widerhall und wird zunehmend auf die innere Entwicklung im Osten Deutschlands zum Ausbau der hegemonialen Stellung der SED und zur Disziplinierung der Blockparteien in Vorbereitung auf eine eigene Staatsgründung gelenkt.

## 25. November bis 15. Dezember 1947

**Londoner Konferenz des Rates der Außenminister** berät über die Grenzen Deutschlands, einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Bildung einer deutschen Regierung, über die wirtschaftlichen Grundsätze und die Reparationen sowie über den österreichischen Staatsvertrag.

Da in allen Themen zur deutschen Frage die Gegensätze sehr stark waren, konnte die Darlegung der Standpunkte lediglich als Alibi zur gegenseitigen Schuldzuweisung für die Teilung Deutschlands dienen. Die Westmächte hatten sich im Vorfeld schon recht klar für die Bildung eines westdeutschen Staates entschieden, konnten aber vor allem die sowjetische Position zur Oder-Neiße-Grenze und zu den Reparationen nutzen, um die UdSSR in den Augen der Bevölkerung ins Unrecht zu setzen. Am 15. Dezember erklärte US-Außenminister Marshall, „man sei nicht in der Lage, zu praktischen Ergebnissen zu gelangen, er habe den Wunsch, die Tagung zu beenden.“<sup>1)</sup>

---

1) *Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, Berlin 1957, S.121.*

## 9. Februar 1948

Der unter Mitwirkung westdeutscher Politiker entstandene Plan des amerikanischen und britischen Militärgouverneurs vom 7./8. Januar 1948 über die **Umbildung der bizonalen Körperschaften** tritt in Kraft. Die Zahl der Mitglieder des Wirtschaftsrates wurde auf 104 verdoppelt, der Exekutivrat zum Länderrat umgestaltet und das Direktorium in einen personell und in seinen Kompetenzen erweiterten Verwaltungsrat umbenannt. Das entsprach im Kern bereits der Gliederung der staatlichen Organe der BRD in Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Gleichzeitig trat eine Verordnung über die Bildung eines von der Exekutive und Legislative unabhängigen Obergerichts für die Bizone in Kraft. Am 14. Februar unterzeichneten die beiden Militärgouverneure das Statut der „Bank deutscher Länder“, die Befugnisse einer Notenbank, der Kreditkontrolle und Kreditgewährung erhielt.

Da der SPD erneut die von ihr erstrebte Position des Wirtschaftsdirektors mehrheitlich versagt wurde, blieb sie weiter in Opposition. Zum Oberdirektor des Verwaltungsrates wurde der bisherige Kölner Oberbürgermeister Hermann Pünder (CDU) gewählt. Die bisherigen alle der CDU/CSU zugehörigen Direktoren wurden mit einer Ausnahme bestätigt. Das Ressort des Wirtschaftsdirektors erhielt der parteilose neoliberale Ludwig Ehrhard, nach Ansicht Kurt Schumachers „ein ausgesprochener Theoretiker der freien Wirtschaft“. <sup>1)</sup>

---

1) Zitiert nach: Günter Scholz, Kurt Schumacher, Düsseldorf/Wien/ New York 1988, S. 189.

## 12. Februar 1948

Nach der Umbildung der leitenden bizonalen Organe hielt es die SMAD für geboten, die in Verbindung mit dem Parteivorstand der SED und deutschen Fachleuten entstandenen Überlegungen für eine wirksamere Zentralisation der Lenkung und Planung der Wirtschaft umzusetzen und mit dem **Befehl Nr. 32** der Deutschen Wirtschaftskommission größere Vollmachten einzuräumen.

Die DWK wird zur zentralen wirtschaftsleitenden Institution der SBZ. Sie erhielt die Möglichkeit, mit Eingriffen in das bestehende Wirtschafts- und Verwaltungssystem die Politik der SED-Führung und der Besatzungsmacht gegenüber demokratisch-sozialistischen

und bürgerlich-demokratischen Auffassungen sowie partikularen Interessen durchzusetzen. An der Spitze stand als ständiger Vorsitzender das ehemalige Mitglied der KPD, der bisherige Minister für Planung in der Landesregierung Brandenburg, Heinrich Rau und das von ihm geleitete Sekretariat. Dazu gehörten seine Stellvertreter Bruno Leuschner und Fritz Selbmann (SED), Hermann Kastner (LDPD) und Luitpold Steidle (CDU) sowie der Leiter des Geschäftsbereiches Materialversorgung, Interzonen- und Außenhandel, Verkehr, Georg Handke (SED), der Sekretär der DWK Erwin Lampa (SED) sowie der Vorsitzende des FDGB, Hans Jendretzky (SED) und der Generalsekretär der VdgB, Kurt Vieweg (SED).

Zur DWK gehörten außer den Mitgliedern des Sekretariats die Präsidenten der zehn wirtschaftlichen Zentralverwaltungen, der Präsident der Zentralen Deutschen Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme sowie jeweils ein Vertreter der Länderregierungen. Die wirtschaftlichen Zentralverwaltungen wurden als Hauptverwaltungen direkt der DWK unterstellt.

Entscheidend für die neue Stufe zentraler Wirtschaftsleitung war das im Befehl Nr. 32 der DWK eingeräumte Recht, „Verfügungen und Instruktionen, die für alle deutschen Organe im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland in Einklang mit der von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland festgelegten Ordnung verbindlich sind, zu beschließen und zu erlassen sowie deren Durchführung zu prüfen.“<sup>1)</sup> „Das Sekretariat der DWK wurde in kurzer Zeit zum politisch-organisatorischen Zentrum des Wirtschaftslebens in der Ostzone. Es war maßgeblich daran beteiligt, daß im Laufe des 2. Halbjahres 1948 der zentrale Wirtschaftsapparat und der der Länder zu einem einheitlichen, durch die DWK geleiteten Organismus verschmolzen.“<sup>2)</sup> Die Hauptabteilung für Wirtschaftsplanung unter Leitung von Bruno Leuschner arbeitete im April und Mai 1948 auf Empfehlung des Zentralsekretariats der SED den Produktionsplan für das 2. Halbjahr 1948 und den Ansatz zu einem Wirtschaftsplan für die Jahre 1949 und 1950 aus.

Der DWK wurden dann noch die Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen angegliedert, so daß am Vorabend der Gründung der DDR der zentrale Regierungsapparat weitgehend komplett war.

---

1) Zitiert nach: Autorenkollektiv unter Leitung von Karl-Heinz Schöneburg, *Errichtung des Arbeiter-und-Bauern-Staates der DDR 1945-1949*, Berlin 1983, S. 179 f.

2) *Deutsche Geschichte*, Bd. 9, a.O., S. 335.



## 20 - 25. Februar 1948

Auf dem Weg der **Tschechoslowakei** zur „Volksdemokratie“ kommt es Anfang 1948 zu einer **Zuspitzung der Gegensätze** zwischen den in der Regierung Gottwald vereinten Parteien der Nationalen Front. Diese Vorgänge sind im Wesen ähnlich den Machtveränderungen, wie sie 1947/48 in den anderen von der Sowjetunion besetzten osteuropäischen Ländern vollzogen wurden. Unmittelbarer Anlaß einer Regierungskrise ist die Entlassung hoher nichtkommunistischer Polizeioffiziere durch den kommunistischen Innenminister. Die 12 bürgerlichen Minister führen einen Mehrheitsbeschluß der Regierung zur Zurücknahme dieser Entlassung herbei und lehnen bis zu dessen Erfüllung eine weitere Mitarbeit in der Regierung ab. Die am 17. Februar angekündigte Demission nutzt Klement Gottwald, um Präsident Benes zu zwingen, die zwölf Minister zu entlassen und eine Regierung unter seiner Leitung zu bestätigen.

Um die Opposition und auch den mit ihr sympathisierenden Präsidenten unter Druck zu setzen, mobilisiert die KPC am 21. Februar ihre Anhängerschaft und ihr zuverlässige Einheiten der Armee. Es entstehen „Aktionsausschüsse“, von denen Gegner des kommunistischen Kurses aus staatlichen Institutionen entfernt werden. Am 22. Februar setzt eine Verhaftungswelle ein. Seit einigen Wochen ins Land gekommene Offiziere des sowjetischen NKWD wirken hierbei als sogenannte Berater mit. Der KPC ergebene Arbeiter werden bewaffnet und zum 24. Februar wird ein einstündiger Generalstreik organisiert.

Am 25. Februar gegen 17 Uhr erklärt Klement Gottwald, vom Hradschin kommend, vor einer Massenkundgebung im Zentrum Prags: „Die Krise ist überwunden, die Demission ist angenommen. Die neue Regierung wird einen neuen Weg gehen, den Weg des Sozialismus.“<sup>1)</sup> Bis heute ungeklärt ist der bald darauf erfolgte Tod des parteilosen Außenministers Jan Masaryk, eines Befürworters der Einbeziehung der CSR in den Marshallplan. Er wurde am 10. März 1948 im Hofe seines Amtssitzes unter einem offenstehenden Fenster tot aufgefunden.

Die Westberliner Presse berichtete in großer Aufmachung vom „Kommunistischen Staatsstreich in Prag“ und sprach die Befürchtung aus, daß sich in Berlin ähnliches ereignen könne.

---

1) Zitiert nach: *Materialien zur Geschichte der Neuesten Zeit, Berlin 1959, S.56.*

## 17./18. März 1948

Im Gedenken an die **bürgerlich-demokratische Revolution von 1848** findet der **2. Deutsche Volkskongreß** in der Berliner Staatsoper (Admiralspalast) statt. In der EntschlieÙung über die „Lehren der Märzrevolution“ ruft der Kongreß zur „Nationalen Selbsthilfe in ganz Deutschland auf“ und fordert, „die im Jahre 1848 begonnene demokratische Umbildung zu Ende (zu) führen.“<sup>1)</sup> Der Aufruf zu einem Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands bekundet gesamtdeutsches Verlangen. Die an gleicher Stelle enthaltene Aussage, „der Tag wird kommen, an dem keine Macht der Welt mehr trennen kann, was zusammengehört“<sup>2)</sup>, weist jedoch schon auf lediglich zukünftige Möglichkeiten hin.

Der Kongreß schafft weitere Voraussetzungen für die Bildung einer eigenständigen Republik im Osten Deutschlands. Er wählt einen aus 400 Mitgliedern bestehenden Volksrat und zu dessen Unterstützung Fachausschüsse für Friedensvertrag, Verfassung, Wirtschaft, Justiz, Kultur, Sozialpolitik, später noch Kommunal und Kulturpolitik. An der Spitze eines aus 29 Personen bestehenden Präsidiums stehen die Vorsitzenden Wilhelm Külz (LDPD), Otto Nuschke (CDU) und Wilhelm Pieck (SED). Dies verdeckt die tiefe Krise, in der sich der zentrale Block der Parteien seit der Entfernung der beiden CDU-Vorsitzenden Kaiser und Lemmer aus ihren Ämtern durch die SMAD Mitte Dezember 1947 und die Auseinandersetzung um den Abschluß der Enteignungen befand.

---

1) *Die Lehren der Märzrevolution, EntschlieÙung des Deutschen Volkskongresses vom 17./18. März 1948. In: Helmut Neef, Zehn Jahre Nationale Front des demokratischen Deutschlands im Kampf für Einheit, Frieden, Demokratie und Sozialismus, Berlin 1958, S. 42 f.*  
2) *Ebenda, S.43.*

## 17. April 1948

Der Oberste Chef der SMAD bestätigt mit **Befehl 64** die von der DWK vorgelegten Listen der enteigneten Betriebe und anderer Vermögenswerte. In dem Befehl heißt es: „Es wird festgelegt, daß das Volkseigentum unantastbar ist. Dementsprechend wird der Verkauf oder die Übergabe von in das Eigentum des Volkes übergegangenem Industriebetrieben an Privatpersonen und Organisationen verboten.“<sup>1)</sup> In weiteren Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der SED und der bürgerlichen Parteien, CDU und LDPD, werden bedenkenswerte Forderungen nach Erhaltung eines grö-

ßeren privatkapitalistischen Sektors zurückgedrängt und bis Ende Oktober 1948 die zunächst endgültige Zahl der VEB mit Zustimmung der SMAD festgelegt.

Die wichtigsten 1 631 VEB mit 578 707 Arbeitern und Angestellten werden entsprechend ihrem Erzeugnisprofil in 75 Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB) unter Leitung der entsprechenden Hauptverwaltungen der DWK und 3 064 Betriebe von regionaler Bedeutung mit 223 362 Beschäftigten in von den Landesregierungen geführten VVB zusammengefaßt. 2 064 volkseigene Betriebe unterstanden den Kommunalverwaltungen. Ende 1948 wurden 61 Prozent der industriellen Bruttoproduktion der SBZ in VEB und den ebenfalls in die Wirtschaftsplanung einbezogenen sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) erzeugt. 39 Prozent kamen aus Privatbetrieben.<sup>1)</sup>

---

1) Zur Wirtschaftspolitik der SED, Bd. 1 1945-1949, Berlin 1984, S.188.

2) Ebenda

## 23. Februar - 6. März und 20. April - 2. Juni 1948

**Londoner Konferenz** von Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs. Sie endet mit den **Londoner Empfehlungen** am 2. Juni.

Diese enthalten: Schaffung einer internationalen Ruhrkontrollbehörde unter Ausschluß der Sowjetunion, Anschluß der französischen Besatzungszone an die Bizone, Einberufung einer westdeutschen verfassunggebenden Versammlung (Parlamentarischer Rat), Erlaß eines Besatzungsstatuts, Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan.

## 18. Juni 1948

Die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen verkünden eine separate **Währungsreform** für ihr Besatzungsgebiet, die am 20. Juni in der amerikanischen, britischen und französischen Zone in Kraft tritt. Der SED-Parteivorstand protestiert am Tage der Verkündung mit einem Aufruf „An das deutsche Volk!“ und charakterisiert die Maßnahme als „Vollendung der Spaltung Deutschlands“.<sup>1)</sup>

Am 21. Juni folgt eine Verordnung der DWK über den Geldumtausch in der sowjetischen Besatzungszone ab 24. Juni, die durch die SMAD am 23. Juni bestätigt wurde.

Der Währungskampf wird zu einer ernsthaften politischen Krise, wobei Berlin in den Brennpunkt der Ost-West-Auseinandersetzung gerät. Die Übertragung der westzonalen Währungsreform auf die Berliner Westsektoren am 25. Juni mußte als Maßnahme gewertet werden, innerhalb der Sowjetzone einen Stützpunkt des Westens zu gestalten. Die Sowjetunion reagierte mit Blockade und politischem Druck. Es scheiterte jedoch der schon seit Abschluß der Londoner Außenministerkonferenz unternommene Versuch, die Westalliierten aus Berlin zu verdrängen und ganz Berlin in den sowjetischen Herrschaftsbereich einzugliedern. Im Gegenteil: Es bildet sich in Westberlin eine antikommunistische Frontstadtgemeinschaft, die durch Luftbrücke und zahlreiche Kundgebungen über einen langen Zeitraum bis zur Aufhebung von Blockade und Gegenblockade am 12. Mai 1949 verfestigt wurde. In dieser Zeit wird die deutsche Hauptstadt gespalten. Die sozialdemokratischen Politiker Berlins, allen voran der jetzt amtierende Oberbürgermeister Ernst Reuter, nehmen aktiv Anteil an der Verankerung der Westsektoren in den Prozeß der Bildung der BRD. Dabei treten auch bisher bekundete sozialistische Programmforderungen in den Hintergrund.

---

1) *Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1951, S.14.*

## 29./30. Juni 1948

In Anwesenheit einer großen Anzahl von Wirtschaftspolitikern und Wirtschaftswissenschaftlern bestätigt der SED-Parteivorstand auf seiner **11.(25.) Tagung** die Dokumente für die Wirtschaftsplanung 1948 und den Zweijahrplan 1949/50 in der SBZ.

Damit wird das Prinzip sowjetischer Planwirtschaft durchgesetzt und in diesem Zusammenhang die Aufgabe gestellt, die SED zu einer „Kampfpartei des Marxismus-Leninismus, zu einer wirklichen Partei neuen Typus“ zu entwickeln.<sup>1)</sup> Dazu gehörte der Ausbau des Schulungssystems, mit dessen Hilfe die Leninsche Lehre von der Partei und die Erfahrungen der KPdSU(B) vermittelt werden sollten. Verschiedene Äußerungen in Referaten und Beiträgen kündeten das offizielle Abrücken von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus und den Kampf gegen „die Schumacherleute“ an. Die Übereinstimmung mit der sowjetischen Führung hatte der Chef

der Informationsabteilung der SMAD, Sergej Tjulpanow, auf einer Beratung mit Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Franz Dahlem am 8. Mai 1948 zum Ausdruck gebracht. „Tjulpanow forderte dazu auf, die SED in eine Partei neuen Typus umzuwandeln, denn die Partei befinde sich seiner Meinung nach ‘ an der Grenze zweier Welten, dort wo die Welt des Kapitalismus auf die Welt des Sozialismus trifft. Deswegen sind ihr auch große verantwortliche Aufgaben auferlegt.“<sup>2)</sup>

---

1) *Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1951, S.78.*

2) *Wiedergegeben durch Andreas Malycha, Die Geschichte der SED von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Die SED. Ein Handbuch, a.O., S.27.*

## 28./29. Juli 1948

Die **12. (26.) Tagung des Parteivorstandes der SED** bringt die auf dem 11. Plenum angekündigte Umwandlung der SED in eine Partei neuen Typus hinsichtlich ihrer organisatorischen Struktur, der Ideologie und der Auslese der Mitglieder und Funktionäre konkret zur Ausführung. Dazu hatte die KPdSU Stalins mit der vom Kominformbüro Ende Juni erfolgten Verurteilung und Ausgrenzung der KP Jugoslawiens Signale gesetzt. Das Zentralsekretariat der SED hatte diesem Verdikt am 3. Juli zugestimmt und dabei eine „zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes“ und die unbedingte „brüderliche Beziehung zur sozialistischen Sowjetunion und zur Partei Lenins und Stalins“ betont. Zugleich wurde die Bildung eines „zielklaren Funktionärskörper in der Partei“, die „Kritik und Selbstkritik“ und der Kampf „insbesondere gegen die Schumacher Agenten mit rücksichtsloser Schärfe“ gefordert.<sup>1)</sup>

Die Tagesordnung der 12. PV-Tagung besteht aus zwei miteinander verbundenen Schwerpunkten. Walter Ulbricht spricht im Bericht des Zentralsekretariats zur führenden Rolle der Partei bei der Erfüllung der wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Aufgaben. Otto Grotewohls Rede über die deutsche Novemberrevolution und die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung diente „dem Zweck, deutsches Versagen und sowjetischen Erfolg lehrhaft miteinander zu verbinden.“<sup>2)</sup> Die Rede Grotewohls und die auf dem Plenum geführte Aussprache zeigten, wie zu dieser Zeit ehemalige Sozialdemokraten in der SED sich veranlaßt sahen, vom Einigungskonsens 1946, dem revolutionären Marxismus, abzurücken und sich zum Marxismus-Leninismus und einer selbstkritischen Sicht auf sozialdemokratische Reformpolitik zu bekennen.

Am 29. Juli nimmt der Parteivorstand den folgenreichen Beschluß „Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“ an. Mit Bezug auf höhere Anforderungen, die jetzt an die Partei gestellt seien und im Hinblick auf einen daran gemessenen unbefriedigenden Entwicklungsstand werden Maßnahmen gefordert „um die Passivität eines Teils der Parteimitgliedschaft zu überwinden und hemmende und feindliche Kräfte, die in die Partei eingedrungen sind, auszumerzen.“<sup>3)</sup> Dieser Beschluß setzt faktisch das vom Vereinigungsparteitag beschlossene Parteistatut außer Kraft. Er bildet die Grundlage für administrative Disziplinierung der Mitglieder an Stelle theoretisch-politischer Auseinandersetzungen. Neben einem Passus über die „Ausmerzungen von schädlichen und feindlichen Elementen“, wozu Untersuchungskommissionen einzusetzen waren, der „Werbung neuer Mitglieder“ mit Anforderungen an die Personalpolitischen Abteilungen zur Führung von Fragebögen, kam der „Festigung und Verstärkung des Funktionärkörpers der Partei“ besondere Bedeutung zu. Der zu dieser Zeit diskutierte Widerspruch zwischen einer Massenpartei und einer Kaderpartei wurde mit der Sonderstellung des Parteiaktivs gelöst. Neben dem allgemeinen Funktionärskörper aus Funktionsträgern in Partei, Massenorganisationen sowie staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen war durch die jeweiligen Parteileitungen ein fester, disziplinierter und stets einsatzbereiter Funktionärstab zu bilden. Zentralistische Leitungsmethoden kamen auch zur Anwendung bei der Aufgabe, die Arbeitsfähigkeit aller Leitungen und ihres Funktionärbestandes unter Kontrolle der übergeordneten Leitungen zu überprüfen. Dabei wirkten dann, wie schon seit 1946 feststellbar, die hauptamtlichen Instruktoren der stark ausgebauten Parteiapparate auf Kreis-, Landes- und Zonenebene.

---

1) EntschlieÙung des Zentralsekretariat vom 3. Juli 1948, in: *Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1951, S. 81 f.*

2) Harold Hurwitz, a.O., S. 428.

3) *Dokumente der SED, Bd. II, a.O., S. 83.*

## 15./16. September 1948

**Die 13. Tagung des Parteivorstandes der SED** bringt den Entscheidungsprozeß zur Umwandlung der SED in eine Partei Stalinschen Typs zum Abschluß. Mit einem Referat Ulbrichts und dem Beschluß: „Die theoretische und praktische Bedeutung der EntschlieÙung des Informationsbüros über die Lage in der KP

Jugoslawiens und die Lehren für die SED“ wird die mehr als zwei Monate zurückliegende Verurteilung Titos ins Zentrum der Parteipolitik gerückt. Damit in Verbindung steht der von Fred Oelßner vorgelegte Bericht der auf der 12. Tagung gebildeten Kommission zur Ausarbeitung von Thesen zur Novemberrevolution. Beide begründen aus der Geschichte und Gegenwart die Notwendigkeit einer „revolutionären Kampfpartei des Marxismus-Leninismus“. Wenn auch viele Aussagen in den Thesen zur Novemberrevolution über die Ereignisse 1918 ihre Berechtigung hatten, so wurden sie doch entwertet durch die auf aktuelle stalinistische Politik zugeschnittene Gesamtsicht. Zu den Lehren der Novemberrevolution wird vor allem das „engste Bündnis mit der Sowjetunion“ und die volle Anerkennung der Erfahrungen der KPdSU als Voraussetzung für den Sieg der revolutionären Bewegung in Deutschland gezählt.<sup>1)</sup> Sozialdemokratische Führer im Westen werden beschuldigt, die Geschäfte des Monopolkapitals und der Reaktion mit großem Eifer zu besorgen und das deutsche Volk dem Dollarimperialismus zu unterwerfen.<sup>2)</sup>

Sind mit diesen Thesen zweckbestimmte historische Grundlagen für die Politik der SED gelegt, so setzt die EntschlieÙung zu Jugoslawien die letzten Akzente für die Ausgestaltung der Partei. In der Stellungnahme zum Informationsbürobeschluß wird dem Genossen Stalin Dank für die rechtzeitige Enthüllung der Fehler der KPJu ausgesprochen und das Dokument als „ein hervorragender Beitrag zur Theorie des Marxismus-Leninismus“ bezeichnet.<sup>3)</sup> Selbstkritisch wird festgestellt, daß die Bedeutung der EntschlieÙung in der SED bisher unterschätzt worden sei, es Erscheinungen des Zurückweichens vor feindlichen Ideologien gäbe, die Erfahrungen der Sowjetunion nicht genügend propagiert würden und „auch in der SED falsche ‘ Theorien’ über einen ‘ besonderen deutschen Weg’ zum Sozialismus vorhanden sind“.<sup>4)</sup> Ausführlich werden Beispiele für die Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes aufgelistet und die Aufgaben des Halbjahrplanes mit Anforderungen an die Partei neuen Typus in Verbindung gebracht. Die EntschlieÙung fordert die Erhöhung des ideologischen Niveaus vor allem durch das Studium der „Geschichte der KPdSU(B)“, die weitere Entfaltung der Selbstkritik und die Bildung von Parteikontrollkommissionen auf zentraler Ebene, für jedes Land und jeden Kreis zum Kampf „gegen die im Auftrag ausländischer Kräfte tätigen feindlichen Agenten, die besonders vom sogenannten ‘ Ostbüro’ der SPD entsandt werden.“<sup>5)</sup>

Ein Beispiel für die gewünschte Art kommunistischer “Selbstkritik“ demonstrierte Anton Ackermann. Er bezeichnete die von ihm 1945/46 verkündete These von einem besonderen deutschen

Weg zum Sozialismus als „Zurückweichen vor den antisowjetischen Stimmungen...im Sinne der Abgrenzung von dem Weg der bolschewistischen Partei.“ Damals handelte er allerdings im Auftrag des Sekretariats des ZK der KPD. Jetzt erklärte er schuldbehaftet: „Diese Theorie gibt die Möglichkeit einer ausgezeichneten Tarnung für versteckte Schumacherleute, für feindliche Agenten aller Art, für schwankende, halbopportunistische Elemente, für Elemente, die vom Geist des Nationalismus angefressen sind“ und „sie hindert die Partei daran, die Lehren des Leninismus als des Marxismus von heute sich anzueignen.“ Schließlich resümiert er: „Und nun möchte ich offen und ohne jede Einschränkung erklären: die These von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus ist eine falsche, faule und gefährliche Theorie, die wir ausmerzen müssen.“ <sup>6)</sup>

Die 13. Tagung beschloß, statt des 1948 dem Statut gemäß vorgesehenen Parteitag, zu Ende November 1948 eine Parteikonferenz durchzuführen. Anders als bei einem Parteitag mit gewählten Delegierten und der Neuwahl der leitenden Organe sollten hier lediglich neben dem Parteivorstand Parteiaktivisten teilnehmen, um die bisherigen Erfahrungen auszuwerten, eine Einschätzung der Lage zu geben und die weiteren Aufgaben festzulegen <sup>7)</sup>

---

1) *Dokumente der SED, Bd. 2, a.O., S.120.*

2) *Ebenda, S.121.*

3) *Ebenda, S.100.*

4) *Ebenda, S.101.*

5) *Ebenda, S.106.*

6) *Zitiert bei Harold Hurwitz, a.O., S. 445 f.*

7) *Dokumente der SED, Bd. 2, a.O., S.106.*

## 25. - 28. Januar 1949

Die **erste Parteikonferenz der SED in Berlin** erfüllte die vom 13. Plenum des Parteivorstandes gestellten Aufgaben. Ursprünglich für Ende November geplant, wurde sie auf den 6. Dezember und dann auf Ende Januar verschoben. Am 30. Oktober hatte eine außerordentliche Tagung des Parteivorstandes das in den letzten Oktobertagen nach Westberlin geflüchtete Zentralsekretariatsmitglied Erich W. Gniffke aus der SED ausgeschlossen. „Partei-betrug“, „unehrliches Spiel“, „parteifeindliche und charakterlose Einstellung“ wurden einem Politiker vorgeworfen, der als Mitglied des Zentralausschusses der SPD und dann im Parteivorstand der



SED ehrlich bestrebt war, eine neue demokratische sozialistische Partei entstehen zu helfen.<sup>1)</sup>

Vor der Parteikonferenz waren wegweisende Entscheidungen getroffen worden: Beschluß des Zentralsekretariats vom 20. September 1948 zum „Massenstudium“ der „Geschichte der KPdSU(Bolschewiki) - Kurzer Lehrgang“, Entschließung des Parteivorstandes vom 21. Oktober mit kaderpolitischen Maßnahmen zur Durchsetzung der Dominanz der Betriebsgruppen gegenüber den bisher gleichberechtigten Wohngebietsorganisationen. Dem folgte der Ausbau der zentralen Parteiorgane auf der 16. PV-Tagung am 24. Januar durch die Bildung des Politbüros und die Installierung eines „Kleinen Sekretariats“ des Politbüros unter dem Vorsitz Walter Ulbrichts. Mit der Aufgabenstellung an das „Kleine Sekretariat“, die Arbeit des Politbüros zu unterstützen, seine Beschlüsse vorzubereiten und ihre Durchführung zu kontrollieren, war die Machtbefugnis Walter Ulbrichts weiter gestiegen. Der Parteivorstand wählte die zentrale Parteikontrollkommission mit den Vorsitzenden Otto Buchwitz und Hermann Matern. Außerdem wurde vor der Parteikonferenz für neue Mitglieder eine Kandidatenzeit festgelegt und das bei der Vereinigung von SPD und KPD vereinbarte Paritätsprinzip bei der Besetzung von Parteifunktionen formell aufgehoben.

Die Parteikonferenz bestätigte diese Festlegungen und ordnete sie in die Strategie und Taktik zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ausgestaltung der Ostzone ein. Für die Realisierung dieser Strategie und Taktik hielt man es als erforderlich, die volle Anerkennung der „führenden Rolle der KPdSU“ zu verlangen. Jede Kritik am sowjetischen Modell galt als parteifeindlich. Die politische Linie sollte mit Hilfe des als „demokratischen Zentralismus“ verbrämten Zentralismus und einer straffen Parteidisziplin mit „Kritik und Selbstkritik“ sowie dem „Kampf gegen Opportunismus für höchste Klassenwachsamkeit“ durchgesetzt werden. Zur straffen einheitlichen Führung wurde das Leninsche Prinzip festgeschrieben: „Die Duldung von Fraktionen und Gruppierungen innerhalb der Partei ist unvereinbar mit ihrem Marxistisch-Leninistischen Charakter“.<sup>2)</sup>

---

1) Erich W. Gniffke, *Jahre mit Ulbricht, Köln 1990, S. 357.*

2) *Dokumente der SED, Bd. II, a.O., S.196.*

## 4. April 1949

**Unterzeichnung des Nordatlantikpaktes in Washington** durch die Außenminister von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal und den USA.

## 26. bis 28. April 1949

**Konstituierung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau.** Die Bildung geht auf einen Beschluß von Wirtschaftsvertretern der Volksrepublik Bulgarien, der CSR, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der UdSSR und Ungarns vom Januar 1949 in Moskau zurück.

## 8. Mai 1949

Der Parlamentarische Rat in Bonn verabschiedet des **Grundgesetz** des westdeutschen Staates „für eine Übergangszeit“ mit 53 gegen 12 Stimmen. In der Präambel heißt es: „das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern...hat auch für jene Deutsche gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“<sup>1)</sup>

Am 14. August 1949 fanden dann auf der Grundlage des Grundgesetzes die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 78 Prozent wird die CDU/CSU mit 7 358 000 Stimmen (31%) und 139 Mandaten die stärkste Partei. Die SPD erhält 6 933 000 Stimmen (29,2%) und 131 Mandate, die FDP 2 829 000 Stimmen (11,9%) und 52 Mandate und die KPD 1 361 000 Stimmen (5,7%) und 52 Mandate. Am 15. September erfolgt die Wahl Konrad Adenauers als Bundeskanzler mit 202 von 402 Stimmen. Er bildet eine Regierung aus CDU/CSU, FDP und der in Nordwestdeutschland beheimateten rechtsorientierten Deutschen Partei, die zusammen über 208 Sitze im Bundestag verfügten. Die SPD bleibt, wie im westdeutschen Wirtschaftsrat in der Opposition.<sup>2)</sup>

---

1) *Deutsche Verfassungen, 17. Auflage, München 1985, S. 137.*

2) *Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945-1949, Berlin 1966, S. 417.*

## 15./16. Mai 1949

**Wahlen von Delegierten zum 3. Deutschen Volkskongreß** auf einer Einheitsliste. 95,2 Prozent Wahlbeteiligung, 66,1 Prozent Ja-Stimmen, 33,9 Prozent Nein-Stimmen.

Mit diesen Wahlen erfolgt erstmals die Gleichschaltung der Parteien auf einer vom SED-Parteiparat entscheidend beeinflussten Einheitsliste. Die im Herbst 1948 fälligen Gemeindewahlen waren bereits auf das Jahr 1949 verlegt worden, wo sie gemeinsam mit Landtagswahlen stattfinden sollten. In der Verfassung für die Mark Brandenburg vom 6. Februar 1947 war festgelegt: „Die Abgeordneten werden durch allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts auf die Dauer von drei Jahren gewählt.“<sup>1)</sup> Die im Frühjahr 1949 besonders in den Reihen der Brandenburger CDU und LDP auflebenden Diskussionen zur Vorbereitung der verfassungsmäßig anstehenden Wahlen wurden zurückgedrängt. Nach Aussagen des damaligen Potsdamer LDP-Kreissekretärs Wolfgang Schollwer untersagte die SMAD im April 1949, weiter über Wahlen im Herbst zu sprechen.<sup>2)</sup> In Potsdam bezeichneten manche aufmerksame Beobachter die Maiwahlen 1949 als Test. Sie erklärten, ihr wählt den Volkskongreß und damit bereits das künftige Parlament. Gegenüber dem Zonendurchschnitt folgte eine größere Anzahl Potsdamer der Aufforderung „Stimmt mit Nein“, wie sie auf illegal eingeschleusten Handzetteln der SPD im FDGB-Kreisvorstand zu lesen war. Im offiziellen Wahlergebnis für die Landeshauptstadt werden bei einer hohen Wahlbeteiligung von 95,8 Prozent in einer noch geheimen Wahl 50,5 Prozent Ja-Stimmen für die gemeinsame Kandidatenliste der im Block zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen ermittelt.<sup>3)</sup> Die ersten Volkskammerwahlen und die Landtagswahlen fanden dann erst im Oktober 1950 mit ähnlicher Einheitsliste, allerdings nicht mehr als geheime Wahl, sondern unter dem Druck der offenen Stimmenabgabe statt.

---

1) *Werner Künzel, Brandenburgs Landesverfassung in Geschichte und Gegenwart, Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung 1994, Potsdam 1995, S. 26.*

2) *Wolfgang Schollwer, Potsdamer Tagebuch 1948-1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, München 1988, S. 121.*

3) *BLHA, Rep. 531,IV/411/30, Bl. 27.*

## 29./30. Mai 1949

**3. Deutscher Volkskongreß** für Einheit und gerechten Frieden in Berlin. Annahme des Entwurfs der in einer Volksdiskussion entstandenen, von anerkannten Staatsrechtlern unter Leitung von Otto Grotewohl ausgearbeiteten Verfassung einer deutschen demokratischen Republik gegen eine Stimme. Wahl des Deutschen Volksrates. Dieses an der Weimarer Verfassung orientierte, aber über sie hinausgehende Dokument, konnte gemeinsam mit dem Bonner Grundgesetz die verfassungsrechtliche Grundlage eines neuen einheitlichen demokratischen Deutschlands bilden.

## 7. Oktober 1949

Der Deutsche Volksrat konstituiert sich zur Volkskammer der DDR und setzt die **Verfassung** der Deutschen Demokratischen Republik **in Kraft**. Im Artikel 1 heißt es: „Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf.“<sup>1)</sup>

---

1) *Deutsche Verfassungen, a. O., S. 389.*

## Frage- und Problemstellungen zur Parteientwicklung 1947 - 1949

### 1. Liegt das Scheitern der sozialistischen Umgestaltung im Osten Deutschlands bereits im Leninschen Partei- und Revolutionsverständnis begründet ?

Die Leninsche Konzeption der „Partei neuen Typus“ entstand am Beginn des Jahrhunderts<sup>1)</sup> in direkter Abgrenzung vom sozialdemokratisch geprägten Parteiverständnis in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Diese Partei sollte in der Lage sein, die als notwendig betrachtete sozialistische Revolution auch gegen Mehrheitsstimmungen in Gang zu setzen und die „Diktatur des Proletariats“ zu errichten. Deshalb galt es, eine ideologisch fest gefügte und straff geführte Parteiorganisation mit ausgeprägtem Zentralismus und eiserner Disziplin, der bedingungslosen Unterordnung unter die Festlegungen der zentralen Parteiorgane zu bilden, in der jede fraktionelle Tätigkeit und Abweichung von der Generallinie auszuschalten war.

Diese Partei siegte in der russischen Oktoberrevolution<sup>2)</sup>, und Parteien dieses Typs konnten auch in anderen Ländern revolutionäre Bewegungen auslösen. Viele selbstlos handelnde Frauen und Männer stellten sich rückhaltlos in den Dienst revolutionärer Umgestaltungen.

Die von Lenin entwickelten Parteiprinzipien wurden von ihm als Bedingung für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale auf deren 2. Kongreß im Sommer 1920 durchgesetzt. Dort wurde von den Kommunistischen Parteien verlangt: „nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, systematisch und schonungslos anzuprangern.“<sup>3)</sup> Nach diesen Aufnahmebedingungen mußten sich die Parlamentsfraktionen und die Parteipresse der angeschlossenen Parteien dem jeweiligen Zentralkomitee unterordnen und war das „Prinzip des demokratischen Zentralismus“ durchzusetzen. Dazu gehörte, allerdings mit Verweis auf eine Epoche des verschärften Bürgerkrieges, daß die Partei „möglichst zentralistisch organisiert ist“, in ihr „eine eiserne Disziplin herrscht, die an militärische Disziplin grenzt“ und das „Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist“.<sup>4)</sup> Hier wurde auch schon von legal arbeitenden Parteien verlangt, periodisch eine Reinigung des Mitgliederbestandes vorzunehmen. Die Parteien waren verpflichtet, „jede Sowjetrepublik rückhaltlos zu unterstützen“ und „alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale wie auch die

Beschlüsse ihres Exekutivkomitees“ für sich als bindend zu betrachten.<sup>5)</sup>

Dieser hier geforderte Parteityp wurde in den nachfolgenden Jahren in der Kommunistischen Partei Deutschlands verfestigt und wirkte in seinen Wesenszügen auch unter veränderten Bedingungen nach 1945 fort. Zudem hatten die Stalinschen Postulate über eine „gesetzmäßige Verschärfung des Klassenkampfes in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus“ und die ständige Suche nach Parteifeinden, die Bekämpfung von Fraktionen, Eingang gefunden.

Das Leninsche Partei- und Revolutionsverständnis hatte bereits in der Oktoberrevolution seine Defekte erkennen lassen. Die Verhinderung einer sozialistischen Koalitionsregierung von Sozialrevolutionären, Bolschewiki und Menschewiki und die gewaltsame Auflösung der am 25. November (8.12.) 1917 gewählten mehrheitlich sozialistisch orientierten konstituierenden Versammlung bestätigten den Willen zur Alleinherrschaft einer Partei selbst gegenüber solchen Strömungen, die ein anderes sozialistisches Programm verfolgten.

Das Leninsche Konzept konnte nur mit diktatorischen Mitteln durchgesetzt werden und mußte demokratische Wahlen und Willensäußerungen scheuen. Da selbst in der Kommunistischen Partei eine enge Führungsgruppe oder gar nur einzelne Personen entschieden, kamen Korrekturen in Strategie und Taktik kaum im pluralistischen Meinungsstreit zustande, sondern waren nur durch subjektive Einsichten von Parteiführern möglich. Rosa Luxemburg betont in ihrem Manuskript „Zur russischen Revolution“ im September/Oktober 1918, daß jede demokratische Institution Mängel hat, aber das von Lenin und Trotzki gefundene Heilmittel, die Beseitigung der Demokratie schlimmer sei als das Übel, dem es steuern soll. „Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breiten Volksmassen.“<sup>6)</sup>

---

1) Siehe Lenins Schrift: *Ein Schritt vorwärts, zwei zurück*, geschrieben Februar - Mai 1904, veröffentlicht im Mai 1904 in Genf.

2) Siehe *Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Heft 4*, Kurt Libera, *Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?*

3) *Lenin, Werke, Band 31, Berlin 1959, S.194.*

4) *Ebenda, S.197.*

5) *Ebenda, S.198.*

6) *Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts „Zur russischen Revolution“ und andere Quellen zur Polemik mit Lenin, zusammengestellt und eingeleitet von Annelies Laschitzka, Berlin 1990, S.146.*

## 2. Bot die Entstehung der SED die Möglichkeit, die sozialdemokratische und die kommunistische Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung zusammenzuführen ?

In beiden Strömungen hatten sich seit Beginn des Jahrhunderts gegensätzliche Auffassungen über den Weg zum Sozialismus und den Charakter der an der Spitze der sozialistischen Bewegung stehenden Arbeiterpartei verfestigt. Die Extreme waren verallgemeinert: In der SPD der Weg durch Reformen mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts und Mehrheitsentscheidungen im Volk. Dem entsprach eine pluralistische Partei, in der verschiedene Auffassungen über den Sozialismus und den Weg dahin existierten und miteinander wetteifern konnten. Das kam in etwa in dem Ausspruch Kurt Schumachers auf der Konferenz in Wennigsen am 5. und 6. Oktober 1945 zum Ausdruck: „In dieser Partei ist Raum für diejenigen, die im Geiste des kommunistischen Manifests, wie für diejenigen, die im Geiste der Bergpredigt kommen.“<sup>1)</sup>

Die KPD vertrat die Auffassung, daß eine grundlegende Umgestaltung der bürgerlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht durch Übereinkünfte mit den herrschenden und besitzenden Klassen und auch nicht durch Mehrheitsbeschlüsse in den durch allgemeine Wahlen zustande gekommenen Parlamenten möglich ist. Sie setzte auf den revolutionären Weg und die „Diktatur des Proletariats“, von der sie meinte, sie würde im Interesse der Mehrheit des Volkes handeln. Dem entsprach die Auffassung von der Leninistischen Partei neuen Typus.

Exponenten der Extreme in beiden Parteien hielten auch nach der bitteren Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 ein Zusammenwachsen beider Strömungen für ausgeschlossen. Kurt Schumacher verweist in einer Rede am 6. Mai 1945 darauf, daß vielen Arbeitern in der ganzen Welt eine einheitliche Arbeiterpartei vorschwebt, erklärt dann aber mit Blick auf Frankreich, Belgien, Italien: „Wenn also eine Einheitspartei unter den heutigen Verhältnissen möglich wäre, dann hätten die vor uns befreiten Länder das große Beispiel bereits gegeben.“<sup>2)</sup> Die Moskauer KPD-Führung näherte sich zwar dem Einheitsgedanken, strebte aber danach, auf diesem Wege den Konkurrenten zu beseitigen. Dazu hatte Wilhelm Pieck im April 1944 im Moskauer Exil notiert: „Einheit ist die Frage der SPD - sie wird dadurch ausgeschaltet.“<sup>3)</sup>

Daß es auch in der sozialdemokratischen Bewegung Vorstellungen gab, eine Weiterexistenz der KPD zu verhindern, soll hier nicht unerwähnt bleiben. In einem Aufruf vom 5. Juli 1945 schrieb Kurt Schumacher: „Die KPD ist in ihrer politischen Theorie und Praxis

ebenso vollständig zusammengebrochen wie das Nazitum und der Militarismus. Unter dem Gesichtspunkt deutscher Politik besteht kein zwingender Grund für ihre Weiterexistenz.“<sup>4)</sup>

Aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte war allerdings unter Sozialisten beider Strömungen ein neuer Konsens entstanden. Die Annäherung zeigte sich in Programmen und im praktischen Handeln.<sup>5)</sup> Abgesehen von übereinstimmenden Forderungen nach Umwandlung der Produktionsverhältnisse wurde der Frage nach der Bändigung der Reaktion und der Durchsetzung antifaschistisch-demokratischer und sozialistischer Vorstellungen - der Machtfrage - auch bei Sozialdemokraten große Aufmerksamkeit gewidmet. Die programmatische Kundgebung der SPD, angenommen auf dem Parteitag in Hannover (9.-11. Mai 1946), enthielt folgende Aussage: „Die deutsche Sozialdemokratie sieht ihre politische Aufgabe darin, die umstürzenden Veränderungen des gesellschaftlichen Seins, die unvermeidlich und notwendig sind, in das politische Bewußtsein der Massen zu übertragen und die Mehrheit des Volkes für die Vorstellungen und Begriffe des Sozialismus zu gewinnen.

Der Weg zu diesem Ziel kann nur eine starke und kampfbereite Demokratie sein. Es gibt keine bürgerliche und keine proletarische Demokratie, ebensowenig wie es für die heutige Sozialdemokratie einen reformistischen oder revolutionären Sozialismus gibt. Jeder Sozialismus ist revolutionär, wenn er vorwärtsdrängend und neugestaltend ist.“<sup>6)</sup>

Die KPD hatte mit Losungen nach einem besonderen deutschen, einem demokratischen und friedlichen Weg zum Sozialismus und der verbalen Zurücknahme des Bekenntnisses zum Leninismus Annäherung an sozialdemokratische Auffassungen angedeutet. Die Hervorhebung des „revolutionären Marxismus“ und die auf dem Vereinigungsparteitag beschlossenen „Grundsätze und Ziele der SED“ zeigten wichtige Übereinstimmungen in Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. Bei Beibehaltung der eingangs genannten gegensätzlichen Grundpositionen konnten sie jedoch unterschiedlich gedeutet werden. Wie Mitglieder des ZK der KPD nur mit Blick auf den erstrebten Zusammenschluß etwas zurücksteckten, zeigte sich am Unterschied ihres Entwurfes der „Grundsätze und Ziele“ mit der Endfassung. Das im KPD-Entwurf enthaltene Bekenntnis zum Leninismus wurde nicht aufgenommen, ebenso nicht die von der KPD vorgeschlagene Kennzeichnung der Ursachen für die Spaltung der Arbeiterbewegung sowie ihre Bewertung der Rolle der Arbeiterparteien in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik.



Der wichtige Passus zur Machtfrage bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in den „Grundsätzen und Zielen“ läßt die Deutung als „Diktatur des Proletariats“ im Leninschen Sinn zu, als auch sozialdemokratische Auffassungen des Gebrauchs einer demokratischen Staatsmacht im Interesse aller Werktätigen. Dort heißt es: „Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik. Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.“<sup>7)</sup>

Die Entwicklung der SED zeigte dann wie vom Einigungskonsens abgerückt und im Statut wie im Programm Leninistische Positionen Stalinscher Prägung durchgesetzt wurden. Darauf hatten kommunistische Traditionen und die Besatzungsbedingungen entscheidenden Einfluß. Dieses Denken und Handeln erschien kommunistischen Funktionären als einzig möglicher Weg zum Sozialismus. Da dieser Weg schon durch die Dominanz kommunistischer Politik im Vereinigungsprozeß seit Ende 1945 erkennbar war, konnte das Zusammenführen beider Strömungen nur im langfristigen vertrauensvollen Nebeneinander in der Aktionseinheit erreicht werden. Diese Erkenntnis wurde in der Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten am 31. März 1946 untermauert. In den Berliner Westsektoren, wo die Abstimmung unbehindert durchgeführt werden konnte, beteiligten sich 71,8 % der SPD-Mitglieder. Davon sprachen sich 82,6 % gegen eine sofortige Vereinigung mit der KPD aus, 11,9 % dafür und 5,5 % waren ungültige Stimmen. Auf die zweite Frage: „Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?“ stimmten 61,5 % mit Ja und lediglich 24,8 % mit Nein. 13,6 % der Stimmen waren ungültig.<sup>8)</sup>

Dieses Nebeneinander zweier sozialistischer Parteien verlangte, immer wieder die vertrauensvolle und zugleich kritische Zusammenarbeit zu suchen und extreme Positionen zurückzudrängen. Wenn dies auch unter den gegebenen Besatzungsbedingungen und bei

dem Absolutheitsanspruch solcher Parteifunktionäre wie Ulbricht einerseits und Schumacher andererseits vielleicht als frommer Wunsch registriert werden muß, so kann aber sicher sein, daß ein gemeinsames Handeln der sozialistischen Parteien in ganz Deutschland günstigere Bedingungen für einen demokratischen Weg zu einer dauerhaften sozial gerechten sozialistischen Gesellschaft in einer einheitlichen deutschen Republik geboten hätte.

---

1) Zitiert bei Joseph Rovon, *Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt am Main 1980, S. 183.

2) Kurt Schumacher, *Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945-1952*, Dietz Nachf. Berlin-Bonn 1985, S. 228.

3) Zitiert bei Andreas Malycha, *Geschichte der SED von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau*, a.O., S. 20, nach: Beatrix Bouvier, *Ausgeschaltet. Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953*, Bonn 1996, S. 11.

4) *Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher*, Bd. II, *Reden und Schriften*, Hrsg. von Arno Scholz und Walter Oschilewski, Berlin-Grünwald(1953), S. 33.

5) Siehe dazu *Dialogheft 5/2*, Absatz: *Zu kommunistischen und sozialdemokratischen Programmen im Juni 1945*.

6) *Wortlaut der Entschließung des Parteitages im Dokumentenanhang: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 6, Berlin 1966. S. 416 f.

7) *Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD*, Berlin 1946, S. 178

8) Harold Hurwitz, *Zwangvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin*, Kurzfassung von Harold Hurwitz, Sonderdruck, Köln 1990, S. 141.

### 3. War die Bildung der SED Voraussetzung oder Hemmnis für einen deutschen Weg zum Sozialismus ?

Die Beantwortung der ersten beiden Fragen und die davor dargestellten historischen Ereignisse verweisen auf die Schwierigkeiten eines speziellen nationalen Weges, in den aus einer genauen Analyse deutscher und europäischer Geschichte gewonnene neue Erkenntnisse einzugehen hatten. Dies war zweifellos erschwert durch die zwölfjährige Herrschaft des Faschismus, die von den Besatzungsmächten herbeigeführte bedingungslose Kapitulation Deutschlands und die bald einsetzende gegensätzliche Besatzungspolitik. Dennoch bestand über längere Zeit, zumindest 1946/47, die Möglichkeit gesamtdeutscher Politik und auch später immer wieder mehr oder weniger Freiraum für nationalbestimmtes Handeln.

Die Art und Weise wie KPD und sowjetische Besatzungsmacht die Entstehung der SED seit Ende 1945 vorantrieben und die nachfolgende Entwicklung verhinderten die Aufnahme jenes Gedankenguts, das außerhalb der stark dogmatisierten kommunistischen Ideologie existierte. Damit erfolgte aber zugleich eine erneute Vertiefung der Spaltung der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung. Der Konflikt zwischen SED und SPD schwächte die sozialistische Bewegung. Zudem wurde mit dem Ende der SPD in Ostdeutschland eine wichtige politische Klammer zwischen allen Zonen, die eine einheitliche SPD darstellen konnte, zerstört. Im Westen erhielt der Antikommunismus Auftrieb, wodurch auch wichtige kommunistische Impulse für sozialistische Veränderungen zurückgedrängt und selbst das sozialistische Programm der SPD zum Scheitern gebracht wurde.

Wenn im Westen sozialistische Vorstellungen der SPD und auch von Teilen der CDU nicht durchgesetzt wurden, kann das jedoch nur im geringen Maße der Entwicklung im Osten angelastet werden. Der unzureichende Wille zur Macht dürfte erneut sozialdemokratische Politik behindert haben. Zudem zeigte sich, daß unter dem Trauma einer als nicht zu Unrecht verstandenen „Zwangsvereinigung“ jeglicher Kontakt mit der SED unterbunden wurde und damit demokratische Sozialisten dem sowjetisch-kommunistischen Einfluß ausgeliefert wurden. Selbst die 1946 und 1947 im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz zur deutschen Frage entstandene Möglichkeit einer erneuten Zulassung der SPD in der Sowjetzone wurde nicht offensiv genutzt. Am 21. März 1947 hatte Kurt Schumacher in einem Zeitungsinterview im Berliner Kurier „klargestellt, daß er nicht daran denke, die Wiederezulassung der SPD in der SBZ zu beantragen. Dieser vor einem halben Jahr an

ihn gerichtete Wunsch dortiger Genossen sei 'von ihm ganz bewußt zurückgetragen worden, um nicht Tausende von Funktionären der Verfolgungswut der SED auszuliefern'.“<sup>1)</sup>

In Berlin kämpfte jedoch Kurt Schumacher gemeinsam mit den dortigen Funktionären um starken Einfluß der SPD, den die Partei bei den Herbstwahlen 1946 und während der Berliner Krise eindrucksvoll unter Beweis stellte. Das Wahlergebnis zu den Berliner Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 zeigte in etwa die Stimmung in Berlin und das Kräfteverhältnis zwischen SPD und SED. Die SPD erhielt 48,7%, CDU 22,2%, SED 19,8% (Ostsektor 29,9%, Westsektoren 13,7%), LDPD 9,3%. Ernst Reuter, der nach Richard Löwenthal „die eigentlich bestimmende politische Kraft in der Stadt“ war<sup>2)</sup>, zeigte sich davon überzeugt, daß sein kompromißloser Kampf gegen die Sowjetmacht und die SED sowie die Bindung Berlins an den Westen dazu führen könnte, die ganze Ostzone nachzuziehen. Doch dies scheiterte an Sonderinteressen in beiden Lagern.

Im Westen Deutschlands fanden sich Mehrheiten für eine konservative Erneuerung im Zeichen einer dann später verkündeten sozialen Marktwirtschaft. In dieser Gesellschaft konnten, nach zeitweiliger Beschränkung, Angehörige der alten Eliten, nun mit bürgerlich-demokratischem Anstrich versehen, einflußreiche Positionen übernehmen, aber auch die Massen der Werktätigen befriedigt werden. Mit der Bindung an die reichen kapitalistischen Länder des Westens überließ man den Osten seinem Schicksal. Hier setzte die sowjetische Besatzungsmacht ihr Recht auf Reparationsleistungen durch, hier sahen sich die neuen Eliten verpflichtet, die Gebietsabtrennungen zu akzeptieren und die Oder-Neiße-Grenze, in der BRD bis 1990 bekämpft, anzuerkennen. Die Ostzone und die DDR mußten dazu beitragen, sowjetischen Besitzstand zu garantieren. Die DDR wurde mehrfach von sowjetischen Politikern als ihr Werk bezeichnet, ja als ihr Eigentum verstanden. Es kam zu einer Sonderentwicklung mit allen daraus erwachsenen Schäden für eine sozialistische Umgestaltung. Der langjährige Botschafter der DDR in Moskau, Egon Winkelmann, stellte aus seinen Erfahrungen rückblickend fest: „Seit Stalin gab es stets zwei Optionen in der Deutschlandpolitik - einmal setzte man die DDR als Speerspitze gegen den Westen ein, ein andermal betrachtete man sie als Faustpfand, das man meistbietend verhöckern wollte. Von „gleichberechtigter Partnerschaft“ war nur in "Kommuniqués die Rede.“<sup>3)</sup>

Trotz dieser Einbindung der SED in sowjetische Politik besaß sie gewissen Handlungsspielraum. Sie konzipierte durchaus einen eigenen Weg unter Berücksichtigung nationaler Gegebenheiten, was

gelegentlich auch als „schöpferische Anwendung der Erfahrungen der Sowjetunion“ formuliert wurde. So entstand ein vielfach anerkannter DDR-Sozialismus, der sich wesentlich von den Verhältnissen in der Sowjetunion abhob. Doch grundlegende Reformen, seit 1952 immer wieder initiiert, scheiterten an dem in der SED wirkenden Partei- und Revolutionsverständnis, wie es 1948/49 durchgesetzt worden war.

---

1) Harold Hurwitz, *Die Stalinisierung der SED*, a. O., S. 196 f.

2) Ernst Reuter, *Dritter Band Artikel, Briefe, Reden 1946 bis 1949*, Berlin 1974, S.7.

3) Egon Winkelmann, *Moskau, das war's. Erinnerungen des DDR-Botschafters in der Sowjetunion 1981 bis 1987*. - Berlin: edition ost, 1997, S.235.

#### **4. Inwieweit wird die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus durch internationale Faktoren, den kalten Krieg und die KPdSU(B), bestimmt ?**

Die wesentlichen Ursachen für die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus ergaben sich, wie bereits dargestellt, aus dem in der KPD verfestigten Partei- und Revolutionsverständnis. Die äußeren Bedingungen, vor allem der Einfluß der KPdSU(B) und dann der kalte Krieg, wirkten dahin, daß die eng auf die Sowjetunion fixierte kommunistische Führungsschicht sich mit ihren Auffassungen durchsetzen konnte. In Wechselbeziehung zwischen der Moskauer KPD-Emigration um Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht mit der Stalinschen Führung in der Sowjetunion entstand die SED und wurde sie Schritt für Schritt zu dem dargestellten Ergebnis 1948/49 geführt. Deutsche kommunistische Funktionäre und sowjetische „Berater“, Offiziere der SMAD, entstammten im wesentlichen der gleichen Schule und betrachteten sich als Genossen und Freunde. Die Anerkennung der Sowjetunion und sowjetischer Politik war Grundsatz kommunistischen Handelns.<sup>1)</sup> Diese Position wurde erhärtet durch den „Großen Vaterländischen Krieg“ und den Sieg der Sowjetarmee über Nazideutschland, den kommunistische Antifaschisten zurecht als Befreiung betrachteten. Verbrechen des Stalinismus wurden entweder nicht wahrgenommen oder verdeckt. Doch sowjetische Besatzungspolitik und sowjetisches Machtstreben in den unter Einfluß der UdSSR geratenen Ländern<sup>2)</sup> prägten dann die spezifischen stalinistischen Züge in der SED aus. Dazu trug der kalte Krieg bei. Dieser wurde genutzt, um ausgesprochen Stalinsche Auffassungen über eine sogenannte zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes, über ein Feindbild, in dem faschistische Politiker mit Sozialdemokraten in eine Front gestellt wurden, einzu-

fügen. Daraus konnte dann die Verfolgung sogenannter Agenten im eigenen Lager abgeleitet werden.

Bei Benennung des Grundsätzlichen, gilt es jedoch auch zu beachten, daß im Wechselverhältnis zwischen sowjetischen Interessen und deutscher SED-Politik spezifische nationale Erscheinungsformen zustande kamen. So, wenn z.B. Stalin bei der Ausarbeitung des Aufrufs vom 11.6.1945 riet, sich nicht mit der Kirche anzulegen, er bei der Bodenreform empfahl, die Enteignungsgrenze auf 100 ha und nicht, wie von deutschen Kommunisten vorgesehen, auf 50 ha festzulegen. Korrigiert wurde auch die zum Arbeiteraufstand führende SED-Politik nach der zweiten Parteikonferenz mit Festlegungen in Moskau vom Frühjahr 1953 über einen neuen Kurs in Berlin. Umgekehrt wurden von kommunistischen SED-Funktionären auch manche Maßnahmen sowjetischer Organe abgewandelt. Hermann Axen berichtet in seinen Gesprächen mit Harald Neubert über eine Gruppe Apakumow, die im Auftrage Berijas u.a. den Rajk- und den Slansky- Prozeß vorbereitet habe und 1951 oder 1952 auch in die DDR zur „Beratung der deutschen Führung“ kommen sollte. Nachdem Pieck über diesen Vorgang vom Staatssicherheitschef Wilhelm Zeißer informiert worden war, telephonierte er im Beisein mehrerer Politbüromitglieder, zu denen auch Hermann Axen gehörte, etwa eine Dreiviertelstunde mit Stalin. Pieck habe diesen Vorgang als dringende Angelegenheit geschildert, die der erst gegründeten und zur Partei neuen Typus entwickelten SED Schaden zufügen werde. Nach Axen sagte Pieck: „Wir, die hier anwesenden Genossen Grotewohl, Ulbricht, Oelßner, Zeißer sind strikt dagegen, daß diese Gruppe zu uns kommt. Wenn die Gruppe nicht zurückgehalten werden kann, müßten wir sie zurückschicken“. Stalin soll diese Position bestätigt haben. Er meinte, nichts davon zu wissen und erklärte, die Gruppe in Prag zurückzuhalten. Walter Ulbricht habe dies im anschließenden Gespräch als Vertrauensbeweis Stalins betrachtet.<sup>3)</sup>

---

1) *Siehe dazu Frage 1.*

2) *Siehe dazu u.a. Chronik: 22.-27.9.1947 und 20.-25.2.1948.*

3) *Hermann Axen, Ich war ein Diener der Partei. Autobiographische Gespräche mit Harald Neubert, Berlin 1996, S.153.*

## 5. Ergab sich aus dem Voranschreiten revolutionärer Umgestaltung der Zwang zur Formierung der SED als Partei neuen Typus ?

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Leninschen Parteiverständnis und der Art und Weise wie nach damaligen kommunistischen Vorstellungen eine sozialistische Gesellschaft errichtet und ausgestaltet werden sollte. In dem Maße, in dem der im Osten Deutschlands beschrittene Weg über eine „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ zur „sozialistischen Revolution“ nach kommunistisch-stalinistischen Intentionen durchgesetzt wurde, ergab sich zwangsläufig die Formierung der SED als Partei neuen Typus. Da diese kommunistische Programmatik allerdings nur unter dem Einfluß der Besatzungsmacht zu verwirklichen war, wurde sie auch durch die sowjetische Politik geprägt.

Aus den Nachkriegsbedingungen und selbst der sowjetischen Deutschlandpolitik konnten jedoch auch, bei Beachtung vorhandener antifaschistisch-demokratischer und demokratisch-sozialistischer Absichten deutscher Parteien, Ansätze für einen anderen Weg zu einer sozialgerechten Gesellschaft gefunden werden. Das verlangte allerdings, radikalkommunistische und sowjetische Großmachtpolitische Einflüsse zurückzudrängen, ebenso monopolkapitalistische Weltherrschaftspläne der USA fernzuhalten und die 1945/46 erreichte Übereinstimmung im antifaschistisch-demokratischen Block zu bewahren und auszubauen. Zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Vertretern des Bürgertums in der CDU, teils auch der FDP, bestanden manche Gemeinsamkeiten in Bezug auf die Macht- und Eigentumsverhältnisse. Eine im Interesse des Aufbaus des Landes zu planende Wirtschaft mit volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Betrieben wurde von vielen gewünscht. Gleiches betraf die Sozial- und Kulturpolitik. 1945, 1946, 1947 entstanden beachtliche Grundlagen für ein neues Deutschland, die allerdings bereits durch schädliche Intoleranz und dogmatische Willkür in ihrem Nutzen beeinträchtigt wurden.

Somit war die Herausbildung einer anderen sozialistischen Partei als es die Leninistische Partei Stalinscher Prägung war, einer Partei des demokratischen Sozialismus, abhängig von der sozialistischen Zielstellung und den Methoden zu ihrer Verwirklichung möglich. Dabei scheint mir die in der Sozialdemokratie vorhandene Auffassung Bernsteins, vom Sozialismus als ständiger Aufgabe, Möglichkeiten für langfristige und von den Werktätigen anzuerkennende Lösungen zu bieten. Dies Konzept kann man in gewisser Weise selbst in dem in der DDR verfolgten Prinzip, die sozialistische Gesellschaft in Etappen schrittweise zu entwickeln, erkennen. Ohne

Zweifel konnte der Weg zum Sozialismus nur mit dem Willen zur Macht erfolgreich beschritten werden. Er erforderte auch eine theoretisch gebildete gut organisierte Partei und diszipliniertes Verhalten der Mitglieder zur Durchsetzung der Politik. In dieser Partei mußte jedoch eine echte innerparteiliche Demokratie herrschen, es mußte der Wille und die Bereitschaft vorhanden sein, auf andere Ideen und Strömungen zu achten, eigene Positionen zu korrigieren. Diese Partei sollte ein wirklich lebendiger Organismus sein, der in der Arbeiterklasse und im werktätigen Volk verwurzelt war und seine Politik immer wieder am Willen des Volkes überprüfte. Das verlangte Demokratie nach innen und außen, Toleranz gegenüber anderen Strömungen, aber auch Härte und Entschlossenheit bei der Verwirklichung einer von breiten Volksmassen mitgestalteten und getragenen Politik.

Wichtige Überlegungen dazu waren in den bei der Bearbeitung der ersten Frage erwähnten Aufzeichnungen Rosa Luxemburgs zur Russischen Revolution enthalten. Rosa Luxemburg vermerkte: „Ohne entschlossene Eingriffe in die wohlverordneten Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft läßt sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen. Aber die Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen Minderheit im Namen der Klasse sein. Sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen und unter ihrer Beeinflussung und Kontrolle stehen.“<sup>1)</sup> Hauptaugenmerk der Partei mußte wohl auf die Willensbildung der Volksmassen gerichtet sein, auf die Ausbildung gesellschaftlicher Strukturen, in denen sich persönliches sozialistisches Engagement und Verantwortungsbeußtsein entwickeln konnte. Dazu gehörte auch die Beachtung folgender Aussage Rosa Luxemburgs: Es „ist eine offenkundige, unbestreitbare Tatsache, daß ohne eine freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen undenkbar ist.“<sup>2)</sup>

---

1) *Rosa Luxemburg, a. O., S.160.*

2) *Ebenda, S.150.*



## 6. Worin bestehen die wesentlichen Elemente der Stalinisierung der SED 1948/49 ?

Diese Frage schließt unmittelbar an das eben gesagte an. Sie läßt sich aus der bisherigen Darstellung, so der Chronik ausgewählter Ereignisse zur 11., 12., 13. Tagung des PV und der 1. Parteikonferenz, beantworten. Aus meinen Ausführungen sollte auch deutlich werden, daß ich in meiner historischen Sicht für die damalige Zeit keiner der in der zweiten Frage als Extreme geschilderten Strömungen und den entsprechenden Parteitypen zuneige, sondern mich auch in dieser Frage zwischen beiden befinde. Der Einigungskonsens im Statut der SED konnte m.E. Ausgangspunkt für eine wirksame sozialistische Partei sein. Er war aber sicher auch noch nicht der Endpunkt, da eine Partei sich im Programm und Statut ständig neuen Gegebenheiten zu stellen hat.

Eine brauchbare Zusammenfassung wesentlicher Charakterzüge der SED, die das Prädikat „stalinistisch“ rechtfertigen, nimmt Andreas Malycha im von mir eingangs angegebenen Handbuch „Die SED“ auf Seite 3 und 4 vor.

Markante Vorgänge zur Stalinisierung der SED bis zur ersten Parteikonferenz sehe ich in folgendem:

- Die Verurteilung eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus und die Anerkennung des sowjetischen Partei- und Gesellschaftsmodells als Beispiel. Dazu wurde eine entsprechende Parteischulung betrieben. Grundlage war ein pragmatisches am Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B) ausgerichtetes Geschichtsbild, in dem Stalin als unfehlbare Persönlichkeit besonders verherrlicht wurde. Die Einordnung in das von der Sowjetunion formierte Lager brachte die Verurteilung und Verfolgung all jener der stalinschen Führung unliebsamen Strömungen - Troztkismus, Titiosmus, Nationalismus, Sozialdemokratismus.
- Das Bestreben, die SED als „bewußten, organisierten Vortrupp der Arbeiterklasse, als höchste Form der Klassenorganisation“ zur führenden Kraft in Staat und Gesellschaft zu gestalten und ihre Führungsrolle mit taktisch-organisatorischen aber auch repressiven Mitteln durchzusetzen. Diese führende Rolle galt besonders gegenüber den Staatsorganen und den staatlichen Institutionen wie Justiz und Polizei, den anderen Parteien und Massenorganisationen sowie in Wirtschaft und Kultur.
- Die Durchsetzung der Einheit und Geschlossenheit der Partei mit einer an der KPdSU und der Sowjetunion orientierten Ideologie und Politik. Dazu wurde eine strenge Parteidisziplin erzeugt, die

kritiklose Unterordnung der Mitglieder unter zentrale Beschlüsse verlangte und die Bildung von Fraktionen verbot.

- Der Ausbau des als „demokratischer Zentralismus“ verbrämten Zentralismus. Damit erfolgte die Durchsetzung der von stalinistischen Parteikadern gesteuerten Politik von oben nach unten. Ein enger Führungskreis bestimmte zunehmend die Politik. Dies zeigte sich bei der Herausbildung des Politbüros und seines kleinen Sekretariats vor der zweiten Parteikonferenz. Damit verbunden war die Abwertung des Parteivorstandes, der gewählten Leitungen auf Landes- und Kreisebene. Dazu gehörte der Ausbau des zentralistisch geführten Parteiapparates, eines Instruktorsystems und eine Kaderpolitik zur Besetzung entscheidender Positionen mit der Parteiführung ergebener Personen.
- Zur Durchsetzung der „Einheit und Geschlossenheit der Partei“ entstand ein System von Disziplinierungsmaßnahmen. Dazu gehörte das Feindbild mit „Trotzkisten“, „Titoisten“ und „Schumacheragenten“, die organisierte „Kritik und Selbstkritik“, die Überprüfung und Ausgrenzung von Personengruppen, wie Westemigranten, Kriegsgefangene bei den Westalliierten oder frühere Angehörige kommunistischer Oppositionsgruppen. Der Verurteilung von „Schumacher- und Ostbüroagenten“ folgte später der Kampf gegen den Sozialdemokratismus. Die im September 1948 gebildeten Parteikontrollkommissionen waren unter dem Einfluß Hermann Materns, des getreuen Gefolgsmannes Ulbrichts, ein Instrument zur Verfolgung und Ausgrenzung von Personen und Ideen, die der stalinistischen Führungsgruppe nicht gerecht wurden. Aktionen gegen angeblich feindliche Strömungen und Personen, zentral angeordnete Überprüfungen bis zur allgemeinen Parteiüberprüfung nach dem 3. Parteitag disziplinierten die Parteimitglieder.

Diese innerparteiliche Entwicklung war eingebunden in die allgemeine Politik. Sie erschien vielen Mitgliedern in einer, wie sie meinten, kampfbetonten Zeit, einer Phase des revolutionären Umbruchs durchaus logisch und folgerichtig. Was ein Widerspruch mit der Partei für den Einzelnen bedeutete, konnte man seit 1990 an vielen bekannt gewordenen Schicksalen ermessen. Radikalkommunistisches Parteiverständnis im Umgang mit Abtrünnigen gab es aber schon 1945. Dies konnte ich einer Rede des 1. Sekretärs der KPD-Bezirksleitung Brandenburg, Willy Sägebrecht, am 10. Oktober 1945 entnehmen. Vor Kreissekretären der KPD erklärte er: „Wir als KPD sind nicht mehr die Partei von vor 1933, sondern die Machtpartei der Zukunft“. Man solle sich daher hüten, mit Ausschlüssen aus der Partei leichtfertig umzugehen. Dies sei,

anders als früher, ein sehr ernst zu nehmender Vorgang, da dem Ausgeschlossenen „jede ökonomische Basis genommen“ werde. Sägebrecht sagte, man müsse dem Betreffenden deutlich machen, daß der Ausschluß aus der KPD seinen wirtschaftlichen Ruin bedeutet und wenn er daraus keine Schlüsse zieht, „werden wir unbarmherzig hart sein.“<sup>1)</sup>

---

1) *BLHA, Rep. 330,1/2/3, Bl. 17.*

## 7. Worin besteht die Mißachtung historischer Lehren im Prozeß der Formierung der SED als Partei neuen Typus ?

Historische Lehren werden von Personen und Gruppen immer unter sozialem und politischem Aspekt gezogen. Grundlage sollte jedoch eine möglichst objektive und parteineutrale Erkundung und Darstellung historischer Vorgänge sein. Nach der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus kam der Neubewertung deutscher Geschichte, der Vermittlung von Erkenntnissen über die Ursachen und das Wesen der deutschen Politik im 20. Jahrhundert größte Bedeutung für einen Neuanfang zu. In dieser Hinsicht wurde von der Geschichtsschreibung und im Geschichtsunterricht im Osten Deutschlands viel getan. Keinesfalls kann hier von mir eine Analyse unserer Geschichtswissenschaft versucht werden. Es sei nur auf die von der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone unter ihrem Direktor Paul Wandel im Juli 1946 herausgegebenen „Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte“ verwiesen. Im Dritten Teil, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, finden wir eine sachliche Darlegung wichtiger Ereignisse und Prozesse von 1871 bis 1945. Zurecht wurde in der Einführung unter „Grundsätzliches“ ausgesagt: „Die junkerlich-monopolistischen Beherrscher Deutschlands unterdrücken die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, treiben das deutsche Volk in zwei imperialistische Kriege um die Neuaufteilung der Welt und führen dadurch die nationale Katastrophe und den Ruin Deutschlands herbei.“<sup>1)</sup> Das war ein wichtiger Ansatz für eine, auf sozialistische Neugestaltung Deutschlands gerichtete Politik. In der Einführung der Richtlinien hieß es abschließend: „Aus der Betrachtung dieser Epoche ist die Lehre abzuleiten, daß die Politik der deutschen Reaktion, die auf die Ausschaltung der demokratischen Rechte und Freiheiten im eigenen Lande, auf die Eroberung fremder Länder und die Unterdrückung anderer Völker gerichtet ist, dem Wohl unseres Volkes widerspricht, und daß nur ein auf ehrliche Arbeit und auf dem Willen zur friedlichen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern beruhendes demokratisches, antiimperialistisches Deutschland den Frieden, die Freiheit, die Wohlfahrt und die wirkliche nationale Größe unseres Volkes sichert.“<sup>2)</sup>

Diese Aussage entspricht der Situation im Sommer 1946 und dem derzeitigen Politikansatz, dem eine Mehrheit im Volk zustimmen konnte. Sie war allerdings vielfältig interpretierbar und mußte andere Akzente erhalten, wenn eine von dem antiimperialistischen demokratischen Konsens abweichende Politik angesteuert wurde. Daher finden wir neben dieser, zwar schon zweckbestimmten, aber sachlichen Geschichtsbetrachtung, auch andere Interpretations-

muster deutscher Geschichte. In der propagandistischen Tätigkeit innerhalb der SED wurde dann eine auf die nachfolgende Partei- und Strategieentwicklung zugeschnittene Geschichtsbetrachtung durchgesetzt.<sup>3)</sup> Das war jedoch schon in ersten Erklärungen der KPD und in den Aussagen zu den Jahrestagen der Novemberrevolution und der Gründung der KPD 1945 erkennbar.<sup>4)</sup>

Auf die Frage nach Mißachtung historischer Lehren, Fehlinterpretationen oder Unterlassungen im Prozeß der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus benenne ich folgendes:

- Die Würdigung des sowjetischen Weges als historisch gerechtfertigt und erfolgreich sowie die Verabsolutierung des sowjetischen Modells als Beispiel für Deutschland. Die im Zeichen des Sozialismus begangenen Verbrechen und die durch die Politik der Bolschewiki entstandenen Schäden für die Völker der UdSSR wurden verschwiegen bzw. als Ergebnisse feindlicher Einwirkungen oder als Auswüchse antikommunistischer Hetze umgedeutet. Gerade eine kritische Bewertung der Geschichte der Sowjetunion ermöglichte, entscheidende Rückschlüsse auf einen deutschen Weg und den Charakter einer neuen deutschen sozialistischen Partei zu ziehen. Wenn ich das sage, ist mir bewußt, daß unter den Besatzungsbedingungen eine solch notwendige kritische Sicht nahezu unmöglich war und damals auch von denen, die sich durch die Rote Armee befreit sahen, als antisowjetische Hetze verstanden worden wäre. Gerade darin liegt aber auch die Tragik der bis heute wirkenden Manipulierung des Geschichtsbildes.
- In Verbindung mit der Verklärung sowjetischer Geschichte galt die auf die Sowjetunion bezogene Politik der KPD als die wesentliche Ausgangsposition gegenwärtigen Handelns. Die Auseinandersetzungen in der KPD wurden als notwendiger Kampf gegen reformistische, revisionistische oder sektiererische Positionen dargestellt. Dabei wurde auch die Abhängigkeit von sowjetischer Politik heruntergespielt und der schädliche Kampf gegen die Sozialdemokratie auf wenige nicht zu leugnende Erscheinungen, wie der Sozialfaschismustheorie, reduziert. Wichtige Fragen nach Möglichkeiten des Zusammenwachsens von Sozialdemokraten und Kommunisten wurden negiert; wie etwa: Mußte die Gründung der KPD nicht zur Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung beitragen und wurde dabei nicht die USPD zwischen zwei Extremen zermahlen? Konnte nicht ein Weg des Zusammenwirkens von Kommunisten und Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung bzw. zur Tolerierung sozialdemokratischer Politik beschritten werden - im Rat der Volksbeauftragten, nach dem

Kapp-Putsch, bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 und 1932? Mußte nicht genauer der Anteil der KPD am Bruderkampf zwischen den sozialistischen Arbeiterparteien herausgestellt werden, so der Kampf gegen die SPD als Hauptfeind noch im Januar 1933?

- Während kommunistische Politik in Deutschland und der Sowjetunion als in den Grundzügen zukunftssträchtig bewertet wurde, fand sozialdemokratische Politik als reformistisch grundsätzliche Ablehnung. Dabei war das Zurückweichen sozialdemokratischer Politiker vor den alten Eliten, der Staatsbürokratie, dem Militär, der Großbourgeoisie, den Großagrariern durchaus kritisch zu betrachten, doch es war verhängnisvoll, die SPD als Hauptstütze der Bourgeoisie einzustufen. Erreichte Vorteile für die Werktätigen, wurden zumeist als Mittel zur Stabilisierung des Kapitalismus abgewertet. Da ein reformistischer Weg zum Sozialismus ausgeschlossen wurde, nahm man auch keine genaue Betrachtung sozialer Errungenschaften vor. Das war aber Voraussetzung für gemeinsames Handeln und einen friedlichen und demokratischen Weg zum Sozialismus nach 1945. Eine realistische Untersuchung und Bewertung der Rolle der Gewerkschaften in der Weimarer Republik, der Betriebsräte, der Ansätze von Mitbestimmung der Werktätigen war erforderlich. Auch mußte den Chancen und Grenzen sozialdemokratischer Bemühungen um demokratische Koalitionen, um Einfluß auf den Machtapparat Polizei, Reichsbanner - Aufmerksamkeit gewidmet werden. Probleme sozialdemokratischer Außenpolitik, der Umgang mit dem Versailler System und dem Revanchismus war für das Verhältnis gegenüber den Siegermächten nicht unbedeutend.

---

1) *Richtlinien für den Unterricht in Deutscher Geschichte. Ausgearbeitet von einer Gruppe demokratischer Lehrer im Auftrag der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Dritter Teil. Deutsche Geschichte in der Neuesten Zeit, Volk und Wissen Verlags GmbH, Berlin/Leipzig, Juli 1946, S.4.*

2) *Ebenda, S.8.*

3) *Siehe dazu den Beitrag von Kurt Finker im Dialogheft 5/2.*

4) *Siehe dazu die Beiträge von Manfred Uhlemann in Ebenda.*

## 8. Handelt es sich bei der Herausbildung der BRD und der DDR um zwei gleichberechtigte Wege eines erforderlichen Neubeginns deutscher Politik nach dem Hitlerfaschismus?

Auch hierzu liefern die bisherigen Ausführungen Grundlagen. Siehe besonders Chronik, Angaben zum 25.6.1947 und die Antwort auf Frage 3. Wenn man auch mit dem 1949 erreichten Ergebnis nicht zufrieden sein konnte, so war doch dieser Ablauf aus den damaligen Bedingungen heraus erfolgt und zu erklären. Beide Systeme hatten ihre Geburtsfehler. Sie ergaben sich aus der bisherigen deutschen Geschichte, dem Kriegsende, der Besatzungspolitik, dem Konflikt der Siegermächte und dem Handeln deutscher Politiker unter dem Einfluß der Besatzungsmächte.

Ein dritter Weg, ein Weg des Zusammenwirkens demokratischer Sozialisten aus dem Lager der SPD, KPD, SED und CDU kam nicht zustande, fand auch unter den Bedingungen der Lagerbildung keine ausreichende Unterstützung durch internationale sozialistische Kräfte. Darauf hatte auch die internationale Verurteilung Deutschlands, die Furcht vor erneutem Aufstieg und Revanche Einfluß, so daß vielen Politikern und Bürgern besonders in den Nachbarländern ein geteiltes Deutschland lieber war, als ein einheitlicher Nationalstaat.

Hierbei ergibt sich auch die Frage nach Zentralismus oder Föderalismus. Der besonders von sozialistischen Kräften in SPD und SED angestrebte deutsche Zentralstaat, dem auch die sowjetische Führung zuneigte, stieß auf manche internationale Ablehnung. Die Aufsplitterung oder wenigstens ein föderalistisch gegliedertes Deutschland schien den Sicherheitsinteressen deutscher Nachbarn mehr zu entsprechen, als der einheitliche Nationalstaat, mit dem man seit der Gründung des zweiten deutschen Kaiserreiches 1871 unangenehme Erfahrungen gemacht hatte. Sicher war eine nicht unwesentliche Problematik die Frage nach dem Verhältnis eines einheitlichen Deutschland zu den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Würde die Nichtanerkennung dieser Ergebnisse des faschistischen Krieges in Westdeutschland, Ausgangspunkt für erneute Revanchepolitik sein?

Beide Entwicklungswege sind als gegeben hinzunehmen. Sie hatten aber ihre Vor- und Nachteile, wobei die Lebensqualität der Bevölkerung in einer sozial gerechten Gesellschaft wohl als wesentlicher Maßstab gelten muß.

Im Westen erfolgte, wie schon dargestellt, eine konservative Erneuerung kapitalistischer Macht- und Produktionsverhältnisse mit großen Entfaltungsmöglichkeiten demokratischer Kräfte und Nutzen für wirtschaftlichen Aufschwung. Für Hobsbawm<sup>1)</sup> steht es völlig außer Frage, daß der Kapitalismus ganz bewußt reformiert wurde.

Darauf hatten nach seiner Aussage die Erfahrungen seit 1918 entscheidenden Einfluß. Er benennt die Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise, als deren Kind Hitlerdeutschland erkannt worden sei, ebenso die Erfahrungen mit dem Kommunismus. Diese hätten die politischen Risiken unterlassener Reformen ins Bewußtsein kapitalistischer Ökonomen und Politiker gehoben. Neben der Sicherung des Welthandels und eines globalen Finanzsystem mit dem Dollar als Leitwährung sah Hobsbawm die Erkenntnis, „daß hinfort der Markt durch die Rahmenbedingungen einer staatlichen Planung und eines staatlichen Wirtschaftsmanagements ergänzt werden müßte und nur innerhalb dieses Rahmens seine Transaktionen durchführen dürfe.“ Außerdem habe man erkannt, „daß man aus sozialen wie politischen Gründen niemals wieder Massenarbeitslosigkeit zulassen dürfte.“<sup>2)</sup> Die westdeutsche Variante dieser Reformpolitik war m. E. die von Ludwig Ehrhard maßgeblich beeinflusste „soziale Marktwirtschaft“. Diese Reform brachte besondere Schwierigkeiten für eine sozialdemokratisch-sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit sich. Sie sicherte den Erhalt kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse und die Einbeziehung alter Eliten und weniger belasteter Repräsentanten des faschistischen Regimes in das politische System der demokratischen Republik. Darin lagen Chancen für einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch Gefahren der Restauration und eines Rückfalls in reines profitbestimmtes Handeln, was besonders nach der Niederlage des kommunistischen Konkurrenten erkennbar wurde.

Im Osten wurde der Versuch einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Neugestaltung nach Programmen der sozialistischen Arbeiterbewegung unternommen. Es wurde ein völlig neues Gesellschaftsmodell installiert, wobei auch gerade die spezifischen Erfahrungen neuer Führungskräfte Einfluß ausübten. Peter Bender schreibt in seinem sehr anregenden Buch zur Geschichte des geteilten Deutschlands: „Die Politiker der Bundesrepublik hatten in ihrer Mehrzahl das 'Dritte Reich' mitgetragen oder in irgendwelchen Nischen überstanden. Die Kommunisten hatten die größten Blutopfer gebracht; der Kampf und Widerstand gegen Hitler bildeten die prägenden Erfahrungen der Generation, die nach 1945 in Ost-Berlin an die Macht gelangte.“<sup>3)</sup> Dieses Gesellschaftsmodell enthielt die Möglichkeit, anstelle des kapitalistischen Macht- und Profitstrebens neue mehr auf das Gemeinwohl orientierte Verhaltensweisen des Menschen herauszubilden. Dazu waren zweifellos Normen und verschiedene Zwänge erforderlich, damit menschliche Eigenschaften, wie Egoismus, für die Gemeinschaft produktiv werden konnten. Vieles, was entstand im Bereich der Eigentums- und Produktionsverhältnisse, der sozialen und kulturellen Beziehungen hat bleibenden Wert und muß für sozialistische Strategie nutzbar gemacht werden.



Zugleich aber enthielt dieses Modell in der Praxis solch starke Defizite, die das Leben der Menschen unnötig erschwerten, einen beachtlichen Teil der Bevölkerung veranlaßten, nach dem Westen abzuwandern und schließlich den Zusammenbruch der DDR bewirkten. Zu den Ursachen dieses Zusammenbruches möchte ich abschließend meine dazu 1993 in dem Band „Hoffnungen-Wege-Irrwege“ geäußerten Gedanken wiedergeben. Aus meinem Wissen von der DDR-Geschichte und den in diesem Buch veröffentlichten Beiträgen zur Potsdamer Geschichte von 1945 bis 1989 schrieb ich: Die Ursachen dieses Zusammenbruches „liegen nach meinen Erkenntnissen bereits im Fehlansatz der als marxistisch-leninistisch gekennzeichneten Strategie und Taktik zur Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft. Das heißt: Die Theorie und Praxis von der marxistisch-leninistischen Partei neuen Typus führte zur Herrschaft einzelner Personen mit Hilfe eines allmächtigen Parteiapparates, zur Durchsetzung subjektiver dogmatischer Entscheidungen, Unterdrückung alternativer Ideen, zur Disziplinierung und Gleichschaltung Tausender Menschen, die den Sozialismus als Lebensaufgabe betrachteten. Die damit verbundene Theorie und Praxis von der Diktatur des Proletariats setzte die Wünsche und Interessen der Arbeiter, Bauern, der Massen der werktätigen Menschen mit den Vorstellungen einer neuen herrschenden Oberschicht gleich, führte zur Beseitigung sozialer Gruppen, die bei durchaus erforderlichem Charakterwandel, Gewinn für eine sozialistische Gesellschaft bedeuten konnten. Das ist wiederum in Verbindung zu sehen mit einer einseitig dogmatischen Haltung im Hinblick auf privates und gesellschaftliches Eigentum und deren Besitzer. Ideen einer Vielfältigkeit von privaten-, genossenschaftlichen- und staatlichen Eigentumsformen in Industrie, Landwirtschaft, Bauwesen, Handwerk, Hausbesitz u.a. sowie einer gesunden Konkurrenz zwischen ihnen, bei Regulierung durch einen demokratischen Volksstaat, wurden verdrängt. Das kulminierte in der Mißachtung der Demokratie, mit der Erfahrungen, Ideen, Lebensgewohnheiten aller Bevölkerungsschichten zum Nutzen aller realisiert werden können.

Trotz der genannten und sicher noch anderer Fehlansätze unseres großen Vorhabens wurde manches erreicht, was über die kapitalistische Gesellschaft hinauswies. Doch dies war in jedem Fall durch die politischen Leitlinien beeinträchtigt. Grundsätzliche Reformversuche unseres Weges, sollten sie Erfolg haben, mußten diese negativen Wurzeln beseitigen. Die grundsätzliche Weichenstellung erfolgte 1945/46 bis 1948/50, wo es nicht gelang, einen demokratischen Sozialismus auf den Weg zu bringen. Die Krise 1960/61 und der Bau der Mauer zeigten, daß die Theorie und Praxis des Sozialismus nach den im sogenannten sozialistischen Lager vorherrschenden Auffassungen auf deutschem Boden die offene Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus verloren hatte. Der Rückzug

hinter die Mauer führte zur Verdeckung von Widersprüchen, zur weiteren Entfernung von den Anforderungen des Lebens und vor allem zur Ausprägung der genannten Fehlansätze in Partei, Staat, Wirtschaft, Demokratie und Lebensweise.

Der Rückzug hinter die Mauer war jedoch Ausdruck der Teilung Europas in Machtblöcke, der Eingliederung der DDR in den von der Sowjetunion beherrschten Verbund. Es war schon in den fünfziger Jahren erkennbar, daß dieses sogenannte sozialistische System in der DDR nicht ohne die Sowjetunion zu installieren und zu halten war. Es ging zugrunde, als die Sowjetunion die DDR aufgab. Der erforderliche Weg zu einer neuen sozialistischen Gesellschaft war, wie auch in den vierziger und fünfziger Jahren gewollt, sicher nur im Rahmen der ganzen deutschen Nation mit internationaler Billigung zu beschreiten. Zu untersuchen ist, warum scheiterten die Ansätze der Nachkriegsjahre für ein sozialistisches Deutschland, die damals eine breite Basis im Volk hatten? War es nicht eine bedeutsame Aufgabe, die sozialistischen Ideen und Kräfte in Deutschland zusammenzuführen und dabei auch stalinistische Theorien und Praktiken zurückzudrängen? Galt es nicht aus allen Strömungen der sozialistischen Bewegung das Zukunftweisende zu bewahren, zu nutzen und Neues im täglichen Handeln hinzuzufügen?

Dazu hatten zu jeder Zeit von 1945 bis 1989 Sozialisten aus dem Osten Deutschlands viel an Erfahrungen, an Kenntnissen und Teilergebnissen einzubringen. Möglichkeiten dazu über gesamtdeutsche Wahlen oder eine Konföderation beider deutscher Staaten wurden vertan. Als dann 1989 mit dem Fall der Mauer erneut eine Gelegenheit bestand, lag die DDR so am Boden, daß nach kurzem Neuansatz unter der Regierung Modrow, der Tätigkeit eines runden Tisches mit Erneuerern die Gegner eines sozialistischen Auswegs triumphierten und Bewahrenswertes nur in den Köpfen der Menschen zurückblieb. Es besteht die Aufgabe, diese Erfahrungen zu sammeln, zu analysieren und in den politischen Alltag einzubringen. Auf keinen Fall darf es, wie von Siegern gewünscht, verloren gehen. Das muß im Interesse all derer sein, die über die kapitalistisch bestimmte Gesellschaft hinaus ein lebenswertes, sozial verträgliches Gemeinwesen anstreben.”<sup>4)</sup>

---

1) Eric Hobsbawm, a.O., S.342.

2) Ebenda, S.343.

3) Peter Bender, a.O., S.35.

4) Manfred Uhlemann, *Hoffnungen-Wege-Irrwege. Potsdam 1945-1989. Beiträge zur Stadtgeschichte, Potsdam 1993, S. 178 ff.*

*Der Verfasser hofft, mit der vorliegenden Schrift einen Beitrag zum weiteren Erkenntnisgewinn und auch zur Beantwortung der von ihm im obigen Text gestellten Fragen geleistet zu haben.*



